

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle willkommen zur heutigen, 39. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 23. August ist für uns in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Kalendertag, denn in Nordrhein-Westfalen erinnern wir uns heute an den Gründungstag unseres Landes vor 77 Jahren.

Seit 1946 leben die Menschen in unserem Land in einer freiheitlichen Demokratie. Nehmen wir diesen Tag der Freude über den Landesgeburtstag zum Anlass und handeln und arbeiten so, dass unser Tun diese Demokratie in Nordrhein-Westfalen weiter stärkt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich darauf hin, dass alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen sich zwischenzeitlich darauf verständigt haben, den Punkt 5 der heutigen Tagesordnung mit dem Titel „Nordrhein-Westfalen zum führenden Standort einer nachhaltigen Bioökonomie machen – Die Bioökonomie und biotechnologischen Innovationen fördern!“ Drucksache 18/5408 mit dem Tagesordnungspunkt 16 der morgigen Tagesordnung mit dem Titel „Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 19/4567 zu tauschen.

Ich weise auf das Schreiben vom heutigen Tage von den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen hin, die eine mögliche dritte Lesung des neuen Tagesordnungspunktes 5 am Freitag, den 25. August 2023, als neuen Tagesordnungspunkt 2 beantragen werden.

Wir kommen nun zur **Kenntnisnahme der Haushaltssatzung des Landesverbandes Lippe** für das Haushaltsjahr 2023.

Gemäß § 10 des Gesetzes über den Landesverband Lippe stellt der Verband jährlich eine Haushaltssatzung auf, die der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedarf und dem Landtag zur Kenntnis vorzulegen ist. Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung hat mir mit Schreiben vom 11. Juli 2023 die Haushaltssatzung des Landesverbandes Lippe für das Haushaltsjahr 2023 vorgelegt. Diese Unterlagen sind als Vorlage 18/1383 an

alle Mitglieder des Landtags verteilt worden. Damit stelle ich fest, dass der Landtag von diesen Unterlagen Kenntnis hat.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Finanzplanung 2023 bis 2027
Vorlage 18/1417

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Optendrenk das Wort. Ich weise darauf hin, dass alle Fraktionen zwischenzeitlich vereinbart haben, dass Zwischenfragen und Kurzinterventionen zu diesem Tagesordnungspunkt unzulässig sind.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen. Zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges und der Öffnung des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 steht unsere europäische Ordnung, aber auch unsere Gesellschaft wieder vor grundsätzlichen Fragestellungen: Wie gelingt es, Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern und zu erhalten? Wie gelingt es, sozialen Frieden, sozialen Ausgleich, die Chance auf Aufstieg und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern? Wie gelingt es, im globalen Wettbewerb um Innovationen, Wirtschaftsentwicklung und Wohlstand zu bestehen? Wie gelingt es, unsere freiheitliche Demokratie sowie den Rechtsstaat zu bewahren und zu stärken und damit die Menschenwürde jedes Einzelnen zu wahren und zu schützen? Und wie gelingt es uns, die Menschheitsaufgabe der Bewahrung unseres Planeten zu meistern, die Ursachen und

Folgen des Klimawandels zu begrenzen sowie uns gegen die Folgen besser zu schützen?

Alle fünf Fragen sind jede für sich gesehen groß genug, eine Gesellschaft für den Zeitraum einer gesamten Generation zu fordern. Tatsache ist aber: Diese fünf Fragen stellen sich uns allen gerade gleichzeitig. Sie müssen beantwortet werden. Denn sie stellen sich jetzt – nicht irgendwann.

Deutschland kann vor diesen Fragen auch nicht weglaufen. Es wird nicht helfen, bei einigen dieser Fragen auf Zeit zu spielen. Dann wird es noch schwieriger, die Probleme zu lösen und die Fragen zu beantworten.

Und um es noch komplexer zu machen: Nicht nur die Fragen hängen miteinander zusammen, auch die Antworten müssen wir so geben, dass wir nicht durch die eine Antwort die Beantwortung der anderen Frage noch schwerer machen.

Die Fragen, um die es geht, sind alle politisch. Sie müssen auch politisch beantwortet werden. Hier ist nicht nur die Bundesregierung in der Pflicht, hier sind wir alle in der Pflicht – auch das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Ihnen liegt der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Haushalt 2024 zur ersten Beratung vor. Haushaltspläne werden nicht zu Unrecht als in Zahlen gegossene Politik bezeichnet. Deshalb sind Haushalte auch immer Politikprogramme. Ich danke meinen Kabinettskolleginnen und -kollegen für die vertrauensvolle und intensive Arbeit an dem vorliegenden Haushaltsentwurf, an diesem Politikprogramm.

Angesichts der immensen Herausforderungen, vor denen wir stehen, war es alles andere als selbstverständlich, diesen Entwurf so auf den Weg zu bringen. Das Kontrastprogramm können wir ja in Berlin täglich besichtigen: Während der eine dort dem anderen nicht den kleinsten politischen Erfolg gönnt und so das große Ganze sowieso aus dem Blick geraten ist,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

arbeiten wir hier in Düsseldorf anders. Es ist unser Selbstverständnis, Probleme gemeinsam zu lösen

(Zurufe von der SPD und der FDP)

und aus den Möglichkeiten das Beste für unser Land und seine Menschen zu machen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist mit Händen zu greifen, dass die endlosen Streitereien der Ampel in Berlin, das Nichtlösen von Problemen, das Schneckentempo des Agierens, die Unberechenbarkeit von Abläufen und Entscheidungen zu einer großen Verunsicherung in Deutschland führen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

Das dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür sein, warum die Bürgerinnen und Bürger nach einer Umfrage des Deutschen Beamtenbundes das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit zu verlieren beginnen. Gleiches gilt für das Vertrauen von Unternehmen in die Berechenbarkeit und Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland.

Wir sind als größtes Bundesland darauf angewiesen, dass die Dinge in Berlin nicht weiter völlig in die falsche Richtung laufen. Das zeigt sich beispielhaft am Einbruch der Industrieproduktion im ersten Halbjahr 2023. Nordrhein-Westfalen ist das Kernland der Produktion energieintensiver Betriebe – von der Chemie über den Stahl, den Maschinen- und Anlagenbau bis hin zur Energiewirtschaft selbst. Deshalb sind bei uns die Einbrüche auch besonders gravierend. Deshalb ist es auch für uns umso wichtiger, dass die Akteure in Berlin schnell zur Besinnung auf das Wesentliche kommen, nämlich auf ihre Verantwortung.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir tun in Nordrhein-Westfalen das, was wir tun können, um die Rahmenbedingungen durch das Handeln des Staates stabil zu halten und womöglich zu verbessern.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Oder auch nicht!)

Dieser Rahmen bestimmt auch die Aufstellung des Haushaltes 2024. Er ist solide, nachhaltig und generationengerecht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unsere Zukunft ist die Gegenwart unserer Kinder. Deshalb müssen wir unser Land unseren Kindern und Enkeln in einem guten sozialen, ökologischen und finanziellen Zustand übergeben. Es ist unsere Aufgabe, alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit zum Maßstab unserer Entscheidung zu machen. Für die aktuelle Haushalts- und Finanzpolitik bedeutet das, dass wir die öffentlichen Finanzen dauerhaft tragfähig halten und zugleich die richtigen Weichen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen stellen müssen. Das wird durch den drastischen Anstieg der Zinsen in den letzten Monaten nicht leichter. Wir müssen uns an den finanzwirtschaftlichen Normalfall erst wieder gewöhnen, dass Geld wieder Geld kostet, nämlich Zinsen.

Wir profitieren im Haushalt Nordrhein-Westfalen aber insofern von der sehr vorausschauenden Politik meines Vorgängers Lutz Lienenkämper, der dem Landeshaushalt durch sehr langfristige Geldanlagen dauerhaft günstige Konditionen gesichert hat. Deshalb haben wir es im vergangenen Jahr geschafft, dass der Zinsaufwand in Grenzen geblieben ist. Die Steigerungen im Haushaltsentwurf 2024 steigen dennoch um knapp 900 Millionen Euro an, was im

Vergleich zu dem, was der Bund hat, allerdings – zum Glück – nur ein kleiner Anstieg ist.

Beim Bund ist es anders: In den letzten zwei Jahren hat sich der Zinsaufwand des Bundes von 4 auf 40 Milliarden Euro verzehnfacht. Der Grund? Der ehemalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat immer auf sehr kurzfristige Anlagen gesetzt, Windfall-Profits mitgenommen und seinem Nachfolger damit ein gigantisches Zinsrisiko hinterlassen. Ein Beispiel des Unterschieds zwischen guter und schlechter Finanzpolitik!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel schlechtgemachter Finanzpolitik des Bundes ist auch das Inflationsausgleichsgesetz.

(Zuruf von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Es steht außer Frage, dass angesichts wachsender Belastungen und schleichender Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger ein Abbau der kalten Progression für sich gesehen ein sinnvolles Mittel sein kann, vor allem, um mittlere Einkommen zu entlasten – gerade in Zeiten hoher Inflation.

(Henning Höne [FDP]: Zu entlasten, nicht zu belasten!)

Doch gut gedacht ist nicht immer gut gemacht. Schon Ludwig Erhard wusste: Mindestens 50 % von wirtschaftlichem Erfolg sind Psychologie. Das Gleiche gilt für die Steuerpolitik des Bundes.

Wenn ich mit den Menschen überall in Nordrhein-Westfalen rede und sie frage, ob sie denn durch das Inflationsausgleichsgesetz die Entlastungen in dem eigenen Portemonnaie merken

(Zuruf von der SPD)

– den Abbau der kalten Progression –, dann merke ich, dass das in den Köpfen der Menschen überhaupt nicht präsent ist.

(Henning Höne [FDP]: Was ist das denn für Politikverständnis?)

Diese für den Staat extrem teure Maßnahme der Steuerpolitik, die allein den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen jährlich über 3 Milliarden Euro kostet,

(Henning Höne [FDP]: Nicht kostet, weniger Mehreinnahmen!)

hat überhaupt keinen psychologischen Effekt ausgelöst. Den Haushalten auf allen staatlichen Ebenen aber fehlen diese Milliarden für andere notwendige Maßnahmen zur Bewältigung aktueller Krisen. Das merkt der Bundesfinanzminister bei der Aufstellung

seines Haushalts 2024 übrigens genauso wie jeder kommunale Kämmerer.

(Beifall von der CDU)

Genau diese Belastung der Haushalte der Länder und Kommunen oder genau diese haushalterische Misere auf allen staatlichen Ebenen hätte vermieden werden können, wenn der ehemalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler der Bundesrepublik dauerhaft günstige Konditionen gesichert und sich nicht auf kurzfristige Anleihen fokussiert hätte. Die Arbeit von Olaf Scholz als Bundesfinanzminister kann deshalb im Rückblick nur als gescheitert betrachtet werden.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Henning Höne [FDP])

In Zeiten extrem enger Handlungsspielräume investieren wir dennoch in die Zukunft unseres Landes, vor allem in die Zukunft unserer Kinder.

(Zuruf von Christian Dahm [SPD]: Wie Oppositionsführer! – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir nehmen mehr als 38 Milliarden Euro für die Bildung in Nordrhein-Westfalen in die Hand; 38 Milliarden Euro für die Zukunft unserer Kinder. Das hat zwei Einsparrunden im Haushaltsaufstellungsverfahren in allen anderen Ressorts erfordert, aber wir haben uns gemeinsam entschieden: Kinder und Schulen sind die Priorität dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir stellen mit dem Haushalt 2024 38.000 zusätzliche Plätze im Offenen Ganztage an den Grundschulen zur Verfügung.

(Zuruf von der SPD: Das ist zu wenig!)

Wir stärken die grundlegenden Kompetenzen der jungen Schülerinnen und Schüler in den Bereichen „Rechnen“, „Schreiben“ und „Lesen“. Dafür stellen wir 8 Millionen Euro zur Verfügung.

(Lena Teschlade [SPD]: Oh!)

Wir verknüpfen konsequent frühkindliche und schulische Bildung, denn in den ersten Lebensjahren werden die wichtigsten Weichen für die Bildungs- und Lebenschancen unserer Kinder gestellt. Deshalb setzen wir trotz der Streichung des Bundes das Sprach-Kita-Programm fort.

(Marcel Hafke [FDP]: Das war immer Aufgabe des Landes!)

Sprache ist das Fundament von Bildungschancen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch das Alltagshelferprogramm wird weiterhin für eine Entlastung des pädagogischen Personals in den Kindertageseinrichtungen sorgen.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Oftmals sind es bekanntlich die kleinen Dinge, die für die ganz jungen Kinder von besonderer Bedeutung sind.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Die Fortführung dieser wichtigen Programme kostet jährlich 178 Millionen Euro und ist nunmehr bis 2027 abgesichert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zukunftsfähigkeit setzt ganz grundlegend auch die Handlungsfähigkeit des Staates voraus. Das gilt gerade in schwierigen Zeiten. Es ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Menschen das Vertrauen in den Staat erhalten. Wir müssen zeigen, dass wir die Menschen gerade in Zeiten epochaler Umbrüche und Herausforderungen mitnehmen.

„Wenig ist für eine demokratische Gesellschaft in der Zukunft so wichtig wie ein handlungs- und durchsetzungsfähiger Staat, dessen Akteure sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Eine immer heterogener werdende Gesellschaft braucht einen in diesem Sinne ‚starken‘ Staat, dessen demokratische Verfasstheit und Rechtsordnung für alle ebenso verbindlich wie verlässlich sind.“

Diese Sätze stammen vom ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden und Außenminister Sigmar Gabriel aus der FAZ.

Dem ist vom Grundsatz her wenig hinzuzufügen. Aber wir müssen diese Erkenntnis auf allen staatlichen Ebenen auch mit Leben füllen.

Bund und Land haben mit ihrer Entscheidung im Rahmen der Coronapandemie gezeigt, dass wir in der Lage sind, auch in Krisensituationen Schaden von den Menschen abzuwenden, ihnen Sicherheit zu geben und auch wirtschaftlich in erheblichem Umfang zu helfen. Das Gleiche gilt für das Ende letzten Jahres eingerichtete Sondervermögen „Krisenbewältigung“, das mit bis zu 5 Milliarden Euro ausgestattet worden ist, um die Folgen des Ukraine-Kriegs in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen.

(Zuruf von der SPD: Russlands Krieg!)

Die Maßnahmen helfen an den Stellen, an denen die Bundesprogramme nicht greifen oder nicht ausreichen.

(Zurufe von Marcel Hafke [FDP] und Henning Höne [FDP])

Die Konzeption nimmt dabei neben der reinen Krisenhilfe auch die Krisenresilienz und die Krisenvorsorge in den Blick. Allein 390 Millionen Euro aus diesen Mitteln sind bislang als zusätzliche Hilfen an die Kommunen zur Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsunterbringung aufgewendet worden.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Uns ist bewusst, dass diese unmittelbare Folge des brutalen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vor allem für die Städte und Gemeinden eine immense Aufgabe bedeutet. Wir müssen uns aber leider darauf einstellen, dass die Gewalt mitten in Europa und damit auch das Leiden der Menschen in der Ukraine und auch die Angst der nach Nordrhein-Westfalen geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer um ihre Familien und ihre Angehörigen weitergeht.

Wir werden auch die Kommunen in unserem Land bei der Aufgabe der Unterstützung geflüchteter Menschen weiter nach Kräften unterstützen. Allein im Landeshaushalt 2024 sind für flüchtlingsbedingte Aufwendungen insgesamt rund 3 Milliarden Euro veranschlagt. Auch das trägt dazu bei, die Handlungsfähigkeit unseres Staates auf allen Ebenen zu sichern.

Die seit dem Sommer 2022 vom Bund praktizierte Hinhaltetaktik bei der dauerhaften Mitfinanzierung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe ist vor diesem Hintergrund absurd und zugleich eine aktive Wirklichkeitsverweigerung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist die Aufgabe des Bundeskanzlers, sich endlich seinem eigenen Anspruch zu stellen, nämlich zu liefern.

(Lachen von Henning Höne [FDP] – Zuruf von der SPD)

Die Menschen haben Lieferung bestellt, nicht Schwurbelei und Nichtstun.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Im absoluten Gegensatz dazu zeigt die Landesregierung, dass sie auch in schwierigen Zeiten und unter schwierigen Rahmenbedingungen handelt.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Wir sind die erste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die ganz konkret die Lösung der kommunalen Altschulden verfolgt und den Weg zur Entschuldung aufzeigt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Lachen von der SPD – Henning Höne [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist so falsch, da ist sogar das Gegenteil falsch! – Weitere Zurufe – Glocke)

Wir werden die Verhandlungen mit dem Bund und den Kommunen weiterführen und im Jahr 2025 mit der Entschuldung beginnen. Dafür ist es erforderlich, dass der Bund sein Wort hält, Verantwortung zeigt und den Weg zur Entschuldung der Kommunen mitgeht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zu Beginn der Woche standen wir kurz vor einem Durchbruch bei der Lösung der Altschuldenproblematik.

(Lachen von der SPD und Marcel Hafke [FDP])

Ich bedauere zutiefst, dass wir diesen letzten Schritt nicht schon haben gehen können. Offenbar spielt bei Teilen der SPD Parteipolitik eine größere Rolle als die Verantwortung für dieses Land.

(Anhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD und Marcel Hafke [FDP])

Verantwortung übernehmen – das muss man auch in schwieriger Zeit. Wer sich wegduckt, sollte sich die Frage stellen, ob er seine Verantwortung vor diesem Land wahrnimmt oder nicht oder ob er nur billige Parteipolemik macht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sarah Philipp [SPD]: Was für ein großartiger Schlenker! Sagen Sie ihm das! – Die Abgeordnete zeigt auf Hendrik Wüst, Ministerpräsident.)

Eine wichtige Aufgabe eines starken Staates ist die Durchsetzung des Rechtsstaates gegen kriminelle Strukturen. Der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. „Follow the money“ ist die Handlungsdevise, um die Bösen zu erwischen und kriminelle Strukturen zu zerschlagen.

Mit dem neuen Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität, das zum 1. Januar 2024 seine Arbeit aufnimmt, wird das Land zugleich die finanzielle Grundlage unseres Gemeinwesens besser schützen. Wir brauchen dazu vernetztes Arbeiten, kurze Wege mit effektiven Prozessen, modernste digitale Ermittlungsmethoden und eine schnelle Zusammenarbeit über Ressortgrenzen hinweg, für die ich sehr dankbar bin, und auch über Landesgrenzen hinweg.

In der Modernisierung der Steuerverwaltung des Landes liegt ein weiterer Schlüssel für eine handlungsfähige öffentliche Verwaltung. Mehr als 400 Millionen Euro setzen die Bundesländer und der Bund auf Initiative Nordrhein-Westfalens in den nächsten Jahren zusätzlich ein, um die Steuerverwaltung digitaler, leistungsfähiger und bürgerfreundlicher zu machen.

Insgesamt sieht das Budget des Programmierverbundes von Bund und Ländern namens KONSENS bis 2028 Ausgaben von mehr als 2 Milliarden Euro vor.

Wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren trotz aller Bemühungen um junge Fachkräfte mehr auf Digitalisierung setzen müssen, um die Aufgaben der öffentlichen Hand gut erfüllen zu können. Das gilt nicht nur für die Steuerverwaltung, das gilt für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung, ob im Bund, im

Land oder in den Kommunen. Deshalb werden wir im Rahmen der Gigabit-Förderung und des Glasfaserausbau für Regionen, in denen der Markt es nicht leisten kann, weiterhin Haushaltsmittel von über 134 Millionen Euro im Haushalt 2024 zur Verfügung stellen. Im Justizetat beispielsweise stehen insgesamt 190 Millionen Euro für die Digitalisierung zur Verfügung.

Auch das Thema der „Künstlichen Intelligenz“ wird einer der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sein. Das gilt für den Einsatz der KI in der Wirtschaft, das gilt aber auch für die Forschung, wie sie etwa an der RWTH in Aachen betrieben wird, und für die Frage, in welchen Bereichen der Verwaltung auch wir in Zukunft KI nutzen können, um effizienter und bürgerfreundlicher zu werden.

Auch die innere Sicherheit bleibt Eckpfeiler unseres Regierungshandelns. Wir werden weiterhin 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr ausbilden. Eine zunehmende Gewaltbereitschaft in Teilen unserer Gesellschaft werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Handlungsfähigkeit zeigen wir auch in der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen. Kohle und Stahl haben unserem Land über Jahre hinweg Wohlstand gesichert. Die Förderung des Landes für die Umstellung der Stahlproduktion auf den Energieträger Wasserstoff – mit 700 Millionen Euro die größte Einzelförderung des Landes – kommt nun zur Umsetzung. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen.

Die geplante Erweiterung der Fachhochschule Köln im Rheinischen Revier ist ein weiteres Beispiel, wie wir die Zukunft gestalten wollen und Transformationsprozesse unterstützen.

Unser Ziel bleibt: Nordrhein-Westfalen soll bis 2045 die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden. Wir wollen auch mit dem Haushalt 2024 unseren Beitrag dazu leisten. Für 2023 und 2024 stehen im Landeshaushalt mehr als 1 Milliarde Euro für Klimaschutzmaßnahmen bereit, etwa für klimafreundliche Mobilität, die Wärmewende, den beschleunigten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, aber auch für klimaresilientere Wälder und Innenstädte.

Wie komplex die bevorstehenden Veränderungsprozesse sind, zeigt sich aber auch in einem weiteren Punkt: Wir dürfen nicht vergessen, dass die Energiewende nicht nur bezahlt und administriert werden muss. Sie muss auch ganz praktisch umgesetzt werden. Dafür brauchen wir viel mehr Praktiker der Energiewende; Menschen, die wissen, wie man die ganzen technischen Komponenten installiert, wartet und bedient. Dafür brauchen wir ein starkes und leistungsfähiges Handwerk sowie gut ausgebildete Ingenieurinnen und Ingenieure. Auch in diesem Bereich

ist der Fachkräftemangel nicht geringer als in der öffentlichen Verwaltung. Die Landesregierung verstärkt dort deshalb mit der Meisterprämie ihre Fachkräfteoffensive und intensiviert den Dialog mit dem Handwerk.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Staat muss auch für seine Beschäftigten verlässlich sein und bleiben. Daher war es eine wegweisende Entscheidung des Landtags vor 20 Jahren, zur Sicherstellung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten eine Vorsorge aufzubauen. Schon damals war klar, dass die Belastung für das Land dann besonders stark steigen würde, wenn die Babyboomer-Jahrgänge ab Mitte der 20er-Jahre in den Ruhestand gehen. Seit 2017 ist die so gebildete Vorsorge im Pensionsfonds des Landes gebündelt. Dessen Bestand beträgt aktuell 14 Milliarden Euro.

Der Haushaltsplanentwurf und der parallel zu beratende Gesetzesentwurf sehen in diesem Jahr erstmals vor, aus diesem Pensionsfonds Zinserträge in Höhe von 343 Millionen Euro in den Haushalt zu übernehmen, um damit den Aufwuchs der Versorgungs- und Beihilfeausgaben abzufedern. Die notwendige Anpassung des Pensionsfondsgesetzes wird auf diese Weise mit auf den Weg gebracht.

Die Landesregierung schlägt vor, zukünftig jährlich die vom Pensionsfonds erwirtschafteten Zinserträge in den Landeshaushalt zu überführen, den vorhandenen Kapitalstock aber zu erhalten. Dies kann ein Beitrag zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung dieses in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgebauten Bestandes sein.

Gleichzeitig trägt dieser Mechanismus dazu bei, eine generationengerechte Zuordnung von Mitteln zu erreichen. Zinserträge von eingezahltem Steuergeld stehen für die Absicherung von Versorgungsausgaben zur Verfügung. Parallel können die aktuellen Steuereinnahmen verstärkt dazu eingesetzt werden, zukunftssichernde Aufgaben wie „Bildung“, „Transformation“, „Klimaschutz“ und „Sicherheit“ aus dem normalen Haushalt zu finanzieren.

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland macht vielen große Sorgen. Auch wenn sich manche Sorge vor einem noch tieferen wirtschaftlichen Einbruch im Winter zum Glück nicht bewahrheitet hat, so ist doch die Hoffnung auf eine weitere Erholung im zweiten Halbjahr dieses Jahres weitgehend verschwunden. Im Gegenteil, alle Indikatoren deuten darauf hin, dass wir im Jahr 2023 kein Wachstum haben werden, möglicherweise sogar in eine echte Rezession geraten. Auch für 2024 werden die Prognosen derzeit deutlich nach unten korrigiert.

Das stellt die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen. Wir sehen schon im Haushaltsvollzug 2023 sehr deutlich, dass sich die Steuereinnahmen schwächer entwickeln, als nach der Mai-

Steuerschätzung prognostiziert. Auch für 2024 ist bei den Prognosen der Steuereinnahmen des Landes daher große Vorsicht angezeigt. Wir können auf absehbare Zeit nicht mehr davon ausgehen, dass die nächste Steuerschätzung immer ein bisschen besser ausfällt als die vorherige.

Dieses Szenario ist für viele von uns ungewohnt. Wir waren es in den vergangenen Jahren gewöhnt, dass die jeweils nächste Steuerschätzung immer besser ausfiel und dass der Jahresabschluss auch besser ausfiel als die Prognose, aber auch davon können wir in absehbarer Zeit nicht mehr ausgehen.

Die Konjunkturdaten bilden sich zeitversetzt in den Steuereinnahmen ab. Das Gleiche gilt für die Inflationsraten, die auch die öffentlichen Haushalte zahlen müssen; spätestens bei Tarifabschlüssen, die den Ausgleich der Inflationsrate anstreben. Die vergleichsweise hohen Zinssätze werden die Spielräume ebenfalls weiter einschränken. Deshalb werden wir deutlich stärker als in den vergangenen Jahren bis in die Einzelpositionen des Haushaltes, bis in die Titelgruppen und Verwendungszwecke hineinschauen müssen, wo wir Prioritäten im Landeshaushalt setzen, wo es Zwangsläufigkeiten gibt, die es zu finanzieren gilt, und wo wir noch Spielräume finden.

Das ist nicht nur die Aufgabe der Landesregierung, die heute den Haushaltsentwurf 2024 im Landtag zur Beratung einbringt. Das ist auch die Aufgabe des Landtags, schließlich steht ihm das Budgetrecht zu. Deshalb ist es mir wichtig, dass Ihnen mit dem verabredeten Beratungsfahrplan ausreichend Zeit zur Verfügung steht, dieses Budgetrecht angemessen wahrzunehmen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Es ist nicht auszuschließen, dass wir als Landesregierung nach der Steuerschätzung Anfang November mit Änderungen in Form einer Ergänzungsvorlage auf den Landtag zukommen, sofern sich die Rahmenbedingungen weiter verändern sollten.

Eine vernünftige, solide, der Gegenwart und den nachfolgenden Generationen gerecht werdende Haushaltspolitik ist und bleibt das tragende Fundament der Politik. Investieren auf Pump untergräbt auf Dauer unsere politische Handlungsfähigkeit.

Ich bitte Sie, dies bei den Beratungen des Haushalts zu berücksichtigen. Ich wünsche Ihnen jetzt gute Beratungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Optendrenk. – Für die SPD erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Optendrenk, ich fasse Ihre Rede einmal zusammen: Sollte es in Nordrhein-Westfalen irgendein ernstes Problem geben, dann ist diese Landesregierung dafür nicht verantwortlich, nicht zuständig und nicht kompetent.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Mit anderen Worten: Sie wird den Menschen in Nordrhein-Westfalen bei ihren Problemen nicht helfen.

Denn der Haushalt – ich zitiere Sie – zeigt in Zahlen gegossene Politik,

(Sven Wolf [SPD]: Da haben Sie etwas danebengegossen!)

und er zeigt: Diese Regierung macht ihren Job nicht.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Koalition hat damit zwei Kippunkte schlechten Regierens überschritten. Aus Selbstbewusstsein wird Selbstgerechtigkeit. Aus Angst vor Verantwortung wird Leugnung der Realität.

In der Realität hat Nordrhein-Westfalen zu wenig Polizei,

(Lachen von Herbert Reul, Minister des Innern)

zu wenige Lehrerinnen und Lehrer sowie zu wenige Erzieherinnen und Erzieher. Für Eltern gibt es keine verlässliche Kinderbetreuung mehr. In unseren Schulen ereignet sich eine Bildungskatastrophe. Kitas und Pflegeeinrichtungen droht die Insolvenz. Unsere Kommunen müssen Steuern erhöhen, Schwimmbäder schließen, Bibliotheken zumachen und Spielplätze zurückbauen.

Herr Wüst, es ist Zeit, der Wahrheit ins Auge zu sehen. In Nordrhein-Westfalen funktioniert der Staat immer schlechter, und Ihre Regierung ist nicht mehr Herrin der Lage.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie haben die Kontrolle verloren, und zwar die Kontrolle über die Qualität staatlicher Aufgaben. Sie haben die Kontrolle deshalb verloren, weil Sie die Verantwortung dafür nicht wollen. Bildung, Wohnen und Daseinsvorsorge werden in Nordrhein-Westfalen immer schlechter, weil die Regierung von Hendrik Wüst weder willens noch fähig ist, gegenzusteuern. Der Haushaltsentwurf, den Sie uns vorgelegt haben, ist das Beweisstück A.

(Beifall von der SPD)

Überall im Land brennt es: in den Kitas, in den Kommunen und in der Wohlfahrtspflege. Doch diese Koalition weigert sich, zu löschen. Sie befinden sich in einem Zustand, den die Amerikaner „state of denial“ nennen, also „Zustand der Leugnung“. Das ist der zweite Kippunkt schlechten Regierens.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Ich höre es schon wieder aus der Regierung bzw. aus den regierungstragenden Fraktionen: nicht unsere Verantwortung, nicht unsere Zuständigkeit, nicht unsere Kompetenz.

Das ist falsch. Die Bildungskatastrophe in unseren Schulen und Kitas: Ihre Verantwortung, Ihre Zuständigkeit, Ihre Inkompetenz.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die schlechte Finanzlage der Kommunen: Ihre Verantwortung, Ihr Versagen.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von der CDU)

Mangelnde soziale Sicherheit für Kinder und ihre Familie in Nordrhein-Westfalen: Ihre Verantwortung, Ihr Versprechen, Ihr Scheitern.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von der SPD)

Tatsächlich sind Sie an Ihren eigenen Ansprüchen gescheitert. Genauer gesagt, ist der Ministerpräsident Wüst an den Ansprüchen des Abgeordneten Wüst gescheitert. Ich zitiere aus der Rede des Abgeordneten Wüst vom 6. April 2017 an dieser Stelle:

„Wir jammern nicht über den Strukturwandel, wir schimpfen nicht auf Berlin und Brüssel und jammern über etwas, was in Brasilien passiert. Als Erstes packt man sich an die eigene Nase.“

(Beifall von der SPD und der FDP – Thorsten Klute [SPD]: Oh!)

Wissen Sie, was das auslöst, wenn man es heute liest? Das löst Hohn und Spott aus, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Zurufe von der CDU)

Seit Sie im Amt sind, zeigen Sie jeden Tag nach Berlin. Sie sind das teuerste Autobahnschild, das dieses Land je hatte.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber es geht noch besser. Der Abgeordnete Wüst kündigt die – ich zitiere – „Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und eine echte, wirkliche Reform der Kommunalfinzen“ an, „um die Steuererhöhungsspirale bei der Grundsteuer und den Gewerbesteuern zu durchbrechen.“

Herr Ministerpräsident, könnten Sie uns vielleicht mitteilen, wie weit Sie mit der Senkung der Grunderwerbsteuer schon gekommen sind und wie es um die große kommunale Finanzreform steht? Nein. Ich will es Ihnen sagen. Dank Ihrer gescheiterten Finanzpolitik stehen die NRW-Kommunen vor der größten Steuererhöhungswelle in ihrer Geschichte. Das

Programm zur Erstattung der Grunderwerbsteuer haben Sie in den Sommerferien still und heimlich über Nacht gestrichen, obwohl noch Geld im Topf war.

Die Geschädigten sind die Familien, die mit diesem Geld gerechnet haben. Das ist übrigens nach der Selbstgerechtigkeit und der Verleugnung der Realität der dritte Kippunkt schlechten Regierens: die Unaufrichtigkeit.

Auf der Cranger Kirmes erzählen Sie den Leuten, dass Sie sich das ganze Jahr auf den Termin gefreut hätten, und dann sind Sie nach zehn Minuten verschwunden.

(Widerspruch von der CDU)

Sie sprechen von solider Finanzpolitik und drücken die Kommunen in Nothaushalte. Sie behaupten, Familien lägen Ihnen am Herzen, und machen Familien zu den Verlierern Ihrer Politik. Diese Unaufrichtigkeit fliegt jetzt auf.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Tatsächlich sind die Kinder und ihre Familien die Leidtragenden von schwarz-grüner Politik in diesem Land. Schon auf dem Höhepunkt der Inflation lehnten es CDU und Grüne ab, Familien zu unterstützen. Andere Bundesländer haben das getan. Schwarz-Grün in Nordrhein-Westfalen hat sich geweigert. Jetzt verweigert die Regierung von Hendrik Wüst nicht nur den Trägern der Kinder- und Familienhilfe trotz höchster Not dringend notwendige Unterstützung, sondern kürzt sogar bei Kindern. Sie kürzt bei Übungspauschalen für Jugendtrainer. Hendrik Wüst, der Ministerpräsident und Sportminister, kürzt bei den Bambinis im Fußball, im Handball und auch beim Schwimmen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie wollten noch mehr kürzen!)

Es geht hier nicht um große Summen. Es geht um ein Signal. Herr Ministerpräsident, Ihre zur Schau gestellte Familienfreundlichkeit ist pure Scheinheiligkeit.

(Beifall von der SPD)

In Wahrheit sind Ihnen nämlich Kinder und Familien gar nicht so wichtig. Denn die Familienpolitik hat für Ihre Regierung keine Priorität. Dieser Haushalt ist der Beleg. Wie ist denn die Lage der Familien in Nordrhein-Westfalen? Zuallererst finden sie keine bezahlbaren Wohnungen mehr, weil der soziale Wohnungsbau unter der Verantwortung von Ina Scharrenbach zusammengebrochen ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo ist die eigentlich?)

Bevor Sie wieder mit dem Finger nach Berlin zeigen: Wohnungsbau ist Ländersache. Bezahlbares Wohnen ist Ihre Verantwortung.

(Beifall von der SPD und der FDP)

In gerade einmal 18 Kommunen gilt noch der Mieterschutz des Landes. Im ländlichen Bayern sind es 162, also neunmal so viele. Der Grund ist einfach: In NRW hat die Ministerin den Mieterschutz so stark kaputt gemacht, wie sie es nur konnte, und jetzt will sie, dass es so bleibt. Mehr Landesmittel für den Mietwohnungsbau will sie auch nicht bereitstellen. Sie leitet nämlich einfach die Bundesmittel weiter und tut so, als seien das ihre eigenen Mittel.

(Christina Kampmann [SPD]: Oi!)

Aber im Jahr 2025 droht der Stillstand der Baukräne. Wir sind in akuter Not. Es ist höchste Zeit für eine anpackende, aktive Wohnungsbaupolitik in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Preiswerte Flächen müssen auf den Markt. Genehmigungen müssen enorm beschleunigt werden. Auch die Zahl der Bauvorschriften ist mit über 20.000 viel zu hoch. Es wird Zeit für einen Pakt für bezahlbares Wohnen mit dem Bund und mit den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern dieses Landes.

(Beifall von der SPD)

Aber genau das will Ministerin Scharrenbach nicht. Sie will gar nichts gegen die Wohnungsnot machen. Das hat sie sogar öffentlich zugegeben. Ich zitiere:

„Es gibt manchmal Zeiten, und das sage ich ungern, in denen die Dinge so sind, wie sie sind.“

Wissen Sie, was das ist? Das ist „state of denial“ in Reinform. Leugnung von Verantwortung ist in Nordrhein-Westfalen zum Regierungsstil geworden.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Leidtragenden sind die Rentnerinnen und Rentner, die Studierenden in diesem Land und vor allem die Familien. Wie kann man als Landesregierung so wenig für Familien tun wollen?

Die Probleme reichen ja, wie Sie wissen, noch viel weiter. Viele Eltern haben nicht den Kita-Platz, den sie brauchen, und wenn sie einen haben, können sie sich nicht sicher sein, ob ihre Kita morgens auch aufmacht. Für Tausende Eltern stellt sich jeden Morgen die bange Frage: Wird mein Kind heute betreut, oder wird es nicht betreut? Kann ich zur Arbeit gehen, oder kann ich nicht zur Arbeit gehen?

Im letzten Winter waren zeitweise über 1.000 Kitas geschlossen. Jetzt droht die Lage an vielen Stellen schlimmer zu werden. Neben dem Personalmangel und den fehlenden Plätzen kommt nun noch die

Finanzkrise dazu. Die Personal- und Sachkosten gehen durch die Decke. Die Inflation treibt die Träger an den Rand ihrer Existenz.

Das Kita-System Nordrhein-Westfalens steht vor dem Kollaps. Vier von fünf Trägern rechnen mit negativem Jahresergebnis, ein Drittel sogar mit Liquiditätsengpass noch in diesem Jahr. Den Kita- und OGS-Trägern geht das Geld aus. Es drohen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. Die Diakonie und die Freie Wohlfahrtspflege warnen deshalb vor Kita-Schließungen und Insolvenzen.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist mittlerweile so verzweifelt, dass sie in ihren Brandbriefen an die Staatskanzlei sehr deutlich wird. Ich zitiere:

Gruppenschließungen und sogar Insolvenzen können nicht mehr ausgeschlossen werden. Trotz monatelanger Diskussion zwischen uns und dem Land gibt es keine Fortschritte. Die Verbände und Träger fühlen sich vertröstet und ignoriert.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Geht man so mit Erzieherinnen um? Geht man so mit den Eltern und mit den Kindern um? Was macht eigentlich die Ministerin? Sie schreibt Motivationsbriefe, beschönigt die Lage und leugnet die Realität.

Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie Träger sind fassungslos. Ich zitiere einmal eine Geschäftsführerin:

Der Motivationsbrief von Frau Paul reiht sich ein in eine Folge von Wortmeldungen, die zeigen, dass die Politik noch nicht verstanden hat, dass es um einen drohenden Kollaps der Kindergartenbetreuung geht.

Die Erzieherinnen in unserem Land sind regelrecht empört. In einem Brandbrief ... Ich weiß gar nicht, wer bei Ihnen die Brandbriefe sortiert; denn bei so vielen Briefen, die da eingehen, muss man wirklich schon den Überblick behalten.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

158 Kita-Leitungen unseres Landes schreiben an die Ministerin – ich zitiere –:

Jeden Tag kämpfen wir ums Überleben. Es geht nur um Schadensbegrenzung. Aber Sie sprechen von Chancengerechtigkeit und guten qualitativen Bildungsstandards. Sie wecken Erwartungen bei den Erziehungsberechtigten, die wir nicht erfüllen können. Mit Ihren Gedanken sind Sie an der Realität wieder einmal vorbei.

So weit die Kita-Leitungen an die Ministerin. Und sie haben recht.

Frau Paul, Sie haben alle Kippunkte schlechten Regierens überschritten. Sie haben das Vertrauen der Eltern, der Erzieherinnen und Erzieher sowie der

Träger verloren. Sie sind mit der Lage überfordert. Sie sind überfordert.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Was für die Kitas gilt, gilt für die Schulen in unserem Land auch. Es fehlen mindestens 6.700 Lehrerinnen und Lehrer in Vollzeit. Bei 25 Stunden Lehrverpflichtung pro Woche, also 5 Stunden pro Tag, heißt das: Es fehlen 33.000 Unterrichtsstunden, die nicht gegeben werden, und zwar jeden Tag.

Das hat Folgen. Ein Drittel unserer Kinder kann nicht gut genug lesen, rechnen und schreiben. Das ist eine Bildungskatastrophe. Es ist Staatsversagen und nichts anderes.

(Beifall von der SPD)

Umso wichtiger wäre es, jetzt ausreichend etwas für Betreuung und Förderung zu tun. Ab 2026 gibt es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Doch die Landesregierung hat dafür keinen Plan. Es gibt keine Vorbereitung, keine Qualitätsstandards, keine Unterstützung für die Kommunen. Das Projekt Ganztags droht vor die Wand zu fahren, und die Regierung schaut dabei zu. Es regieren Ignoranz und Dilettantismus.

Frau Feller, ich muss leider sagen: Auch Sie scheinen überfordert. Nicht einmal die Verwaltung des Mangels funktioniert noch gut. Mittlerweile sind ja schon Abiturprüfungen ein Stresstest für das ganze System. Ganz Deutschland hat sich über den Dilettantismus dieser Regierung lustig gemacht.

Dabei ist daran gar nichts lustig. Unsere Kinder können nicht richtig lesen, schreiben und rechnen, und die Regierung ist nicht in der Lage, Abiturprüfungen oder den Ganztags zu organisieren. So einfach ist das.

Jetzt gäbe es eigentlich die Chance auf eine Verbesserung. Denn das Land könnte die Verantwortung für den Ganztags ja übernehmen, und im Gegenzug könnten die Kommunen die Grundschulen zu Familienzentren ausbauen – auch, um die familienpolitischen Leistungen zu bündeln.

Zugegeben: Das ist eine Vision. Aber stattdessen wollen Sie einfach nur den Ganztags bei den Kommunen abladen.

(Beifall von der SPD)

Immer, wenn es um die Frage geht, wie wir das finanzieren, ist diese Koalition bei Lösungen sofort auf dem Baum, weg und nicht mehr zu sehen. Deshalb gibt kein Bundesland weniger Geld für Schülerinnen und Schüler aus als Nordrhein-Westfalen. Deshalb beträgt der Investitionsstau in NRW-Schulen nach Schätzungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau mindestens 10 Milliarden Euro. Deshalb ist das NRW-Bildungssystem so unterfinanziert.

Auch unsere Schulgebäude sind im schlechten Zustand, weil die schwarz-grüne Koalition gerade die Kommunalfinanzen noch zusätzlich ruiniert. Unsere Städte und Gemeinden werden kein Geld mehr haben, um zu sanieren, zu reparieren, geschweige denn zu modernisieren.

Aber es geht nicht nur um Schulen. Es geht um Kitas. Es geht um Vereine. Es geht um Kultur. Es geht um Sport. Es geht um öffentlichen Personennahverkehr. Es geht ganz generell um die Lebensqualität von Millionen von Menschen.

Durch die überfallartige 180-Grad-Wende von CDU und Grünen bei der Verbuchung der Coronaschäden richtet die Koalition unfassbaren Schaden an. Sie bricht zudem ein Versprechen. Sie zerstört Vertrauen und drückt die kommunalen Haushalte unter Wasser. Das bescheinigen Ihnen in sehr dramatischen Worten die grünen Parteifreunde, nämlich die Oberbürgermeister*innen aus Aachen, Bonn und Wuppertal, mit ihrem Hilferuf.

(Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Und damit nicht genug: Von den Bundesmitteln für Geflüchtete steckt sich die Regierung 670 Millionen Euro in die eigene Tasche – Geld, das eigentlich den Kommunen zusteht und dass sie dringend brauchen.

Und die Steigerung von unter 1 % beim GFG ist angesichts der Kostenentwicklung ein Witz. Die Kommunen bleiben alleine schon wegen der Zinsentwicklung tatsächlich auf ihren Mehrkosten sitzen – trotz der blumigen Versprechen im Koalitionsvertrag.

Keine Gemeinde in diesem Land kann diese Verluste auffangen – keine.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Es wird zu massiven Haushaltskürzungen im gesamten Land kommen. Die Lebensqualität in ganz Nordrhein-Westfalen wird deshalb sinken, und die Steuern werden steigen, und zwar in einem Ausmaß, wie es das Land noch nicht erlebt hat.

Um das abzuwehren, wäre eine gemeinsame Positionierung mit den kommunalen Spitzenverbänden sinnvoll. Sie ist aber nicht gelungen. Warum?

(Zurufe von den Grünen)

Das will ich Ihnen einmal sagen, Herr Minister: Wer mit ungeeigneten Vorschlägen versucht, kommunale Spitzenbeamte zu erpressen, der setzt die Axt an die gute Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden in unserem Land.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Unfassbar ist, wenn man als Regierung in dieser Art und Weise übers Wochenende dann auch noch versucht,

(Unruhe – Glocke)

Lösungen zu finden, und sich dann hier hinstellt und das noch kritisiert.

Ich sage Ihnen eines: Das, was uns die Kämmerer aus diesem Land hier erzählen, ist dramatisch. Sie berichten darüber, dass die Hebesätze ... Ein Kämmerer hat sogar ganz konkret gesagt, dass er den Hebesatz um 2.000 Punkte erhöhen wird – nicht auf, sondern um 2.000 Punkte. Andere Kommunen werden dem folgen. Die Grundsteuer wird weiter steigen und damit Menschen in NRW hart treffen.

Damit das hier ein für alle Mal klar ist: Diese Steuererhöhungen, Herr Ministerpräsident, sind Ihre Steuererhöhungen. Die Grundsteuern in NRW sind von nun an die Hendrik-Wüst-Steuern.

(Beifall von der SPD und der FDP)

By the way: Wenn Frau Scharrenbach gestern noch einmal darüber spricht, dass die Grunderwerbsteueranteile ja Landesgeld seien, dann will ich hier auch noch einmal deutlich machen, dass das wirklich ein Rückfall in finstere schwarz-gelbe Zeiten der Regierung Rüttgers ist. Historisch war immer klar, dass das kommunale Steuern sind. Diesen Versuch, das mal so eben klamm und heimlich einzugemeinden, werden wir nicht zulassen.

(Beifall von der SPD)

Die steigenden Steuern und die sinkende Lebensqualität in NRW sind das Resultat einer Finanzpolitik, die drei Attribute verdient: rücksichtslos, chaotisch und familienfeindlich.

(Beifall von der SPD)

Natürlich sind es wieder die Arbeitnehmerfamilien und Alleinerziehenden mit ihren Kindern, die unter den Kürzungen und Steuererhöhungen besonders leiden werden. Familien mit mittleren Einkommen oder weniger sind nämlich dieser Koalition schlicht egal. Da kann sich der Ministerpräsident noch so oft viele Kinder aufs Foto holen. Das ist scheinheilig und unerträglich.

Fragen Sie doch einmal grüne Bürgermeisterinnen oder schwarze Kämmerer, was sie von der Finanzpolitik dieser Koalition halten. Da sind die von mir gewählten Attribute „rücksichtslos“, „chaotisch“ und „familienfeindlich“ noch höflich. Da fallen ganz andere Kraftausdrücke.

Deshalb ist das, was gestern passiert ist, noch einmal besonders zu beleuchten. Die Koalition muss ihr Modell für die Altschuldenlösung abräumen. Das war in den letzten Tagen und Wochen absehbar. Da hatte man nämlich keinen Plan für eine Entschuldung der Kommunen. Das war ein Plan zur Spaltung des Landes.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Doch bleibt festzuhalten: Die Regierung bricht ein weiteres Mal ein Versprechen und hält sich wieder einmal nicht an den eigenen Koalitionsvertrag.

Um es klar zu sagen: Die Regierung kann es einfach nicht. Nach dem Haushaltschaos im letzten Jahr kommt nun die Bruchlandung in der Altschuldenfrage. Was dieses Kabinett abliefert, ist schlechtes und amateurhaftes Regierungshandwerk – und das jetzt in Serie. Ich muss sagen: Sie sind den Herausforderungen dieser Zeit nicht gewachsen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ich fordere die Regierung auf: Halten Sie sich an Ihren eigenen Koalitionsvertrag. Legen Sie ein Konzept vor, das zeigt, dass die Landesregierung bereit ist, die Kommunen zu entschulden. Und: Tun Sie es schnell. Unsere Städte und Gemeinden haben nämlich keine Zeit mehr.

Wir, die SPD-Fraktion, stehen an der Seite der Kommunen.

(Heiterkeit bei der CDU – Sarah Philipp [SPD]:
Lachen Sie ruhig! Machen Sie sich ruhig lustig! Ein lustiges Thema!)

Wir bieten Ihnen weiterhin an, gemeinsam zu Merz und Lindner zu fahren und diese Frage in Berlin zu klären. Wenn Sie das möchten, lassen Sie es uns gemeinsam tun. Aber Sie sagen uns ja seit Jahren in allen Politikfeldern, dass Sie so unglaublich stark sind. Dann lösen Sie es selbst. Wenn Sie uns brauchen, werden wir an Ihrer Seite stehen. Da können Sie sicher sein.

(Beifall von der SPD)

Vieles in unserem Land funktioniert also nicht mehr, wie ich aufgezeigt habe. Das Bildungssystem funktioniert nicht richtig. Der Wohnungsmarkt ist kaputt. Die Kommunen sind in Not. Unsere Industrie steht vor einem gewaltigen Umbruch.

Die Landesregierung sollte deshalb nicht so tun, als habe sie alles unter Kontrolle, und das Land sei auf einem guten Weg. Das stimmt nämlich nicht, und das glaubt auch keiner.

Deshalb ist die entscheidende Frage: Was macht eigentlich der Ministerpräsident? Wo ist Herr Wüst? – Die Antwort lautet: Auf Fotosafari in Hessen, auf der Jagd nach neuen Bildern für den Insta-Präsidenten; denn der befindet sich im Wahlkampf um die Kanzlerkandidatur der Union.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist wirklich schlimm!)

In Nordrhein-Westfalen funktioniert es nicht. Aber der Ministerpräsident will sich nach Berlin verabschieden. So geht das nicht weiter.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Nordrhein-Westfalen braucht wieder eine politische Kultur der Verantwortung. Gerade, Herr Präsident, zum 77. Geburtstag des Landes ist das deutlicher denn je. Zu regieren bedeutet doch genau das: Verantwortung zu übernehmen, Mut zu haben, Zuversicht zu verbreiten und Probleme auch anzupacken, ohne sie zu verheimlichen, und dann vor allem auch mal Entscheidungen zu treffen und dafür auch zu stehen.

Die Probleme, die wir haben, sind sehr groß. Aber sie sind auch lösbar. Es ist doch kein Naturgesetz, dass alles immer schlechter werden muss. Ein funktionierender Staat ist doch keine Zauberei. Ein funktionierender Alltag für die Menschen ist auch keine Zauberei. Gute Schulen, verlässliche Kitas, bezahlbares Wohnen: Das ist möglich. Wir können auch morgen noch in einer gesunden Umwelt leben und trotzdem Industrieland sein. Wir können die Dinge wieder zum Guten wenden. Davon bin ich fest überzeugt. Denn ich glaube an den Fortschritt, und ich glaube an ein besseres Morgen.

(Beifall von der SPD)

Die Demokratie ist doch die Regierungsform der Hoffnung. Sie ist die Regierungsform des Verbesserens. Dann seien doch endlich auch mal mutig und gehen Sie Probleme an.

Wir schlagen vor, dass man Probleme jetzt gemeinsam angeht, und zwar die Probleme, die für die Mehrheit der Menschen in diesem Land heute die drückendsten sind. In einer Zeit der großen Unsicherheit müssen wir für so viel soziale Sicherheit sorgen, wie es nur irgend möglich ist. Und nichts gibt mehr Sicherheit als die Wohnung, in der die eigene Familie zu Hause ist.

Starten wir also eine landesweite Offensive für bezahlbares Wohnen. Gründen wir eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, statten sie mit Kapital aus und fangen dann an, selbst zu bauen. Stärken wir den Mieterschutz.

(Beifall von der SPD)

Geben wir den Familien, Rentnern und jungen Erwachsenen die Sicherheit, die sie jetzt brauchen.

Dann reformieren wir unser Bildungssystem. Als Erstes beschließen wir mal ein Rettungspaket für unsere Kitas in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro und stellen das System auf vernünftige Beine.

(Beifall von der SPD)

Und verabreden wir endlich den New Deal in der Bildungspolitik. Es kann doch nicht sein, dass wir uns einfach davor wegdrücken, dass es Mischfinanzierungen gibt, die keiner mehr durchblickt. Verabreden wir doch ein Handlungskonzept mit den Kommunen und dem Bund, um gerade die schwierigen nächsten zehn Jahre im Bildungsbereich gemeinsam lösen zu können.

(Beifall von der SPD)

Dann können wir für ausreichend Plätze in der Kita und der Ganztagschule sorgen. Dann können wir Familienzentren gründen und dafür sorgen, dass die Leistungen, die in Berlin im Rahmen der Kindergrundsicherung diskutiert werden, in den kommunalen Familienzentren auch vernünftig mitgesteuert werden. Auch der Unterrichtsausfall ist dann nicht mehr alltäglich, und Chancengleichheit ist kein Wunschtraum mehr.

Sorgen wir für gute Arbeitsplätze durch eine aktive Industriepolitik, die diesen Namen verdient. Investieren wir in die ökologischen Technologien, in Digitalisierung und in erneuerbare Energien.

Und ja – das sagen wir als SPD-Fraktion sehr deutlich –, dazu gehört auch ein Brückenstrompreis, den wir für die Zeit des Wandels für Nordrhein-Westfalen benötigen.

(Beifall von der SPD)

Im Gegenzug wäre es nur hilfreich, wenn Sie dafür sorgen würden, dass die Leitungen und Netze, die man für die Energiewende braucht, endlich auch gebaut werden können.

(Beifall von der SPD)

Die Frage ist deshalb nicht, ob wir die Kraft haben, die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, sondern, ob wir den politischen Willen dazu haben. Die Amerikaner machen uns doch gerade vor, wie es gehen kann. Jedenfalls bin ich der Auffassung: „Biden statt Thatcher“ muss unser Motto sein.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Deswegen klagt ihr gegen den Haushalt!)

Noch einmal: Die Demokratie ist die Regierungsform der Hoffnung. Und wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Denn wenn wir die Dinge selbst in die Hand nehmen und wenn wir es richtig machen, dann ist die Zukunft demokratischer, gerechter und besser als das, was die Feinde der Freiheit zu bieten haben. Wenn wir das richtig machen, dann haben die Schwarzmalerei keine Chance.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb bin ich ganz bei Peter Fox, der das in diesem Sommer gesungen hat: Die Zukunft ist pink, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber Sie müssen endlich anfangen, an einer guten Zukunft für unser Land zu arbeiten.

(Anhaltender Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die CDU-Fraktion spricht ihr Fraktionsvorsitzender Schick.

Thorsten Schick* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade eine seriöse Rede gehört – die Rede des Ministers der Finanzen zur Einbringung des Landeshaushalts für das Jahr 2024. Dr. Marcus Optendrenk ist ein Freund klarer Worte, selbst wenn die Wahrheit unangenehm ist. So kennen wir ihn, und so schätzen wir ihn –

(Beifall von der CDU)

seriös,

(Nadja Lüders [SPD]: Definiert mal „seriös“!)

kompetent und ehrlich.

So ist auch der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung – seriös, kompetent und ehrlich. Dabei war die Haushaltsaufstellung in diesem Jahr besonders herausfordernd. Es galt, die Quadratur des Kreises zu schaffen. Das ist gelungen. Deshalb großen Dank an den Minister und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium der Finanzen!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Landesregierung hat den Haushalt 2024 unter die Überschrift „Fokussieren, Priorisieren und Transformieren“ gestellt. Besser kann man die Herausforderungen nicht beschreiben. Die Menschen in unserem Land erwarten von der Politik, dass wir uns auf ihre Sorgen und Wünsche fokussieren. Sie setzen darauf, dass wir unser Land in die Zukunft führen.

Doch das Vertrauen in die Politik nimmt ab. Das zeigt eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag des Beamtenbundes. Nur noch 27 % der Befragten halten den Staat für fähig, seine Aufgaben zu erfüllen. 69 % sehen den Staat als überfordert an.

Die Umfrage zeigt uns, wo die Menschen Lösungen erwarten: bei der Infrastruktur, beim Klimaschutz, beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Sicherheit, bei der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Wichtig ist daher, dass die Regierungskoalition von CDU und Grünen seit genau einem Jahr bei diesen Punkten Handlungsfähigkeit beweist. Auch ohne diese Umfragen zu kennen, machen wir das, was die Menschen in unserem Land bewegt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kündigen nicht immer nur an, uns mit den Themen zu beschäftigen, die die Menschen am Abendbrottisch besprechen. Wir handeln bereits in den wichtigen Bereichen wie „Infrastruktur“, „Klimaschutz“, „erneuerbare Energien“ und „Sicherheit“ oder „Ausgleich zwischen Stadt und Land“, so wie es die Menschen in der Umfrage des Deutschen Beamtenbundes gefordert haben. Das stärkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Ich nenne exemplarisch zwei Beispiele.

Erstes Beispiel: medizinische Infrastruktur. Nicht erst Corona hat gezeigt, wie wichtig die medizinische Versorgung ist. Täglich wird uns von den Menschen gespiegelt, dass die Gesundheitsversorgung – gerade auch in Krankenhäusern – das Topthema ist. Dies gilt für ältere Menschen, genauso aber auch für junge Familien.

Genau auf diesem Thema liegt ein Fokus der Zukunftskoalition. Wir, CDU und Grüne, sorgen dafür, dass jede und jeder in Nordrhein-Westfalen weiterhin die beste medizinische Versorgung erhält. Das ist eine Zusage an die Menschen, und zwar in Stadt und Land.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir machen die Krankenhäuser fit und zukunftsfest. Mit der Krankenhausplanung garantieren wir das.

(Lachen von Markus Wagner [AfD])

Unser Weg hier in Nordrhein-Westfalen kann für den Bund ein Vorbild sein. Das hat mittlerweile auch Bundesminister Lauterbach von seinem Kollegen Minister Karl Josef Laumann gelernt – bzw. die Wahrheit ist: lernen müssen.

(Beifall von der CDU)

Bis 2027 werden CDU und Grüne für die Krankenhäuser 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Allein in diesem Haushalt schlägt dies mit 350 Millionen Euro zu Buche. Insgesamt stehen im Haushalt für das Gesundheitswesen rund 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind große Summen, aber es sind Gelder, die das Vertrauen der Menschen in die Funktionsfähigkeit des Staates stärken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das zweite Beispiel ist das Thema „Sicherheit“. Ob auf der Straße, zu Hause oder im Internet: Die Menschen wollen sich in unserem Land sicher fühlen.

Auch hier ist Nordrhein-Westfalen ein Vorbild für den Bund. Bundesinnenministerin Faeser gibt der Bundespolizei nicht die Stellen, die sie benötigt. Das ist der Unterschied zwischen dieser Landesregierung sowie der sie tragenden Fraktionen und der Politik im Bund. Sie versuchen ja ständig, uns zu erzählen, es sei andersherum.

Der Bund lässt die Bundespolizei im Stich. Der Bundespolizeipräsident fordert 7.500 neue Stellen für die Bundespolizei, allein 3.500 Stellen werden für die Sicherheit an Bahnhöfen benötigt. Geworden sind es gerade einmal 1.500 Stellen.

Ganz anders gehen wir hier in Nordrhein-Westfalen vor. Wir stellen 3.000 neue Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ein, und zwar jedes Jahr.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von Marc Lürbke [FDP] und Andreas Keith [AfD])

Wir stehen zu unserer Zusage. Auch dieser Haushalt ermöglicht die Einstellung von 3.000 zukünftigen Polizistinnen und Polizisten. Keine andere Landesregierung – das ist die Wahrheit –, kein anderer Innenminister steht so für das Thema „Sicherheit und Ordnung“ wie Herbert Reul.

(Beifall von der CDU, Wibke Brems [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

CDU und Grüne stellen dieser Landesregierung die notwendigen Gelder zur Verfügung, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen sicher leben können. In diesem Haushalt sind es 5,7 Milliarden Euro. Dieses Geld dient dazu, dass die Beamtinnen und Beamten top ausgestattet sind für ihren anspruchsvollen und teilweise auch sehr gefährlichen Dienst für die Menschen. Es ist Geld für die persönliche Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten, für Fahrzeuge und Digitalfunk, für IT und für Liegenschaften. Auf diese Investitionen in die Sicherheit unseres Landes müssen wir weiter bauen, denn sie stärken das Vertrauen der Menschen in die Funktionsfähigkeit unseres Staates.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist auch: Wir können uns nicht alle Vorhaben erlauben. Wir können nicht alle Vorhaben umsetzen – vor allem, wenn wir bei der Lösung von Problemen auf die zugesagte Unterstützung des Bundes verzichten müssen. Ich spreche von der Altschuldenlösung. Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Christian Lindner haben nicht Wort gehalten. Sie waren nicht bereit, den Weg gemeinsam mit uns zu gehen.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Unseren Vorschlag hat Christian Lindner ohne ernsthafte Prüfung in Minutenschnelle abgelehnt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Da brauchte man auch nicht viel zu prüfen, wenn man ein bisschen was vom Sachverhalt versteht!)

Ein Gespräch zur Lösung ist erst Monate später angeboten worden. So geht man nicht damit um, wenn man die Menschen im Fokus hat. Damit schafft man kein Vertrauen in staatliches Handeln.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Das ist Ihre Zuständigkeit!)

Als ich gestern die Pressemitteilung der Opposition zur Altschuldenlösung gelesen habe, war mir klar: Sie helfen lieber Ihrem Minister und dem Bundeskanzler als den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Mit ihrer Initiative hat die Landesregierung erstmals den Weg zur umfassenden Lösung des Altschuldenproblems beschritten.

(Sarah Philipp [SPD]: Das habe ich aber heute anders gelesen!)

Vor diesem Schritt sind alle früheren Regierungen zurückgeschreckt. Wir stehen aber zu unserer Verantwortung, gerade in schwierigen Zeiten.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Deshalb wollen wir den Einstieg in die Altschuldenlösung zum Haushaltsjahr 2025 in Angriff nehmen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wortbruch!)

Darüber besteht Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Aber die verbleibende Zeit müssen wir nutzen, damit endlich auch der Bund seine Verantwortung übernimmt. Um es deutlich zu machen, zitiere ich aus der Pressemitteilung des Städte und Gemeindebundes: Denn nur

„der Bund hat mit seiner Sozialgesetzgebung wesentlich zum Aufwuchs der kommunalen Kassenkredite beigetragen und muss deshalb ebenfalls – wie auch [...] zugesagt – einen maßgeblichen Beitrag zur Lösung liefern.“

Lassen Sie uns also gemeinsam darauf hinwirken, dass dies gelingt. Wir wären auch jetzt schon bereit gewesen, einen eigenen Landesbeitrag zur Verfügung zu stellen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr! – Christian Dahm [SPD]: Wie hoch ist denn der Beitrag? Wie viel Geld war das denn?)

– Der garantierte Beitrag von 460 Millionen Euro bei der Grunderwerbsteuer ist ein eigener Landesanteil und frisches Geld. Das wissen Sie. Sie sagen nur aus parteipolitischen Gründen das Gegenteil.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Das ist doch nicht Ihr Geld! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir stehen mit den kommunalen Spitzenverbänden im Dialog und sind bereit, eine Lösung zu finden. Ich hoffe, dass Sie nicht nur hier in den Debatten lautstark die Stimme erheben, sondern auch einmal in Berlin auf den Tisch hauen, damit der Bund sein Versprechen einlöst. Das würde das Vertrauen in staatliches Handeln erhöhen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kämpfen aktuell mit steigenden Preisen, einer schrumpfenden

Wirtschaft und gestiegenen Kosten für die öffentliche Hand durch den russischen Angriffskrieg – und das alles bei zeitgleichen Einnahmeverlusten durch die Entlastungspakete des Bundesfinanzministers.

Jeder Punkt für sich gesehen belastet den Haushalt massiv. Wir müssen aber mit allen Problemen auf einmal fertig werden. Es ist ja nicht so, dass das Land, die Wirtschaft und die Menschen die vielfältigen Belastungen durch die Coronakrise bereits überwunden hätten. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Lage angespannt ist, dass die fetten Jahre vorbei sind. Das Land muss sparen und dennoch handlungsfähig bleiben. Deshalb setzen wir klare Prioritäten.

Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt dieser Zukunftscoalition. Wir verhindern, dass eine Generation, die schon Corona schwer getroffen hat, nicht noch von der nächsten Krise hart erwischt wird. Daher wird es in diesem Bereich keinen Wegfall von Projekten geben. Ich betone: Es wird in diesem Bereich keinen Wegfall von Projekten geben! Das ist unsere unmissverständliche Botschaft.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist sozial, das zeigt einen klaren Kompass, das ist Politik für die Zukunft.

Kindertagesstätten und Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Über 70.000 Kinder und Jugendliche sind allein aus der Ukraine zu uns gekommen. Hinzu kommen viele Kinder aus anderen Staaten, die mit ihren Eltern geflüchtet sind. Es sind alles unsere Kinder, das betont Ministerpräsident Hendrik Wüst immer wieder – zu Recht! Deshalb werden wir sie fördern, damit sie ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können.

Über ein Drittel der Geflüchteten ist unter sechs Jahre alt. Eine zentrale Rolle haben dabei die Sprachkitas inne. Sie fördern gezielt die Sprachentwicklung. Sie fördern tagtäglich Kinder aus unterschiedlichen Nationen. Sie helfen dort, wo die Herausforderungen am größten sind. Das Bundesprogramm war 2016 unter der Überschrift gestartet „Sprachkitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Diese Welt wäre verschlossen, wenn es jetzt nach dem Bund ginge, denn der Bundesfinanzminister hat den Sprachkitas den Geldhahn abgedreht. Interessant ist, dass der Bundesfinanzminister vorgestern dann doch wieder fordert, dass Kinder beim Spracherwerb am besten institutionell gefördert werden. Ja, was denn nun: erst Sprachkitas streichen und anschließend Sprachkitas fördern? Das schafft kein Vertrauen in Politik. Das ist das Gegenteil von seriöser Politik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich sage ganz klar: Wir können nicht warten, bis Christian Lindner seine endgültige Positionierung in dieser Frage gefunden hat. Deshalb ist Nordrhein-Westfalen trotz knapper Kassen mit 38 Millionen

Euro pro Jahr in die Bresche gesprungen. Das macht man, liebe Frau Ministerin Paul, wenn Kinder und nicht die persönliche Profilierung Priorität haben.

Weil wir gerade beim Thema „Kitas“ sind: Natürlich haben wir auch das Alltagshelfer-Programm fortgesetzt. Wir haben bis 2027 Planungssicherheit geschaffen. Auch das ist in Zeiten knapper Kassen ein Kraftakt. Aber diese Frauen und Männer sind eine echte Entlastung für Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt von den GRÜNEN)

So können sich Erzieherinnen und Erzieher auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren. Das ist uns im Haushalt 140 Millionen Euro wert. Ich sage: Das ist gut angelegtes Geld, das macht man, wenn Kinder Priorität haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Eine gute Botschaft ist auch, dass Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushalt Taktgeber beim Thema „Kinderschutz“ bleibt. Das hat für uns absolute Priorität. Wir haben das bundesweit stärkste Kinderschutzgesetz. Für konkrete Hilfen und Maßnahmen stehen 85 Millionen Euro zur Verfügung. Auch hier sage ich: Das ist gut angelegtes Geld, weil es Kindern und Jugendlichen in Not hilft.

Wir als Land haben verbindliche Qualitätsstandards für die Arbeit der Jugendämter festgelegt. Wir bilden Netzwerke für besseren Kinderschutz. In keinem anderen Bundesland wird bei Missbrauchsverdacht so schnell gehandelt, bei Polizei, Justiz, Jugendämtern und im Gesundheitswesen. In keinem anderen Bundesland steht der Kinderschutz und die Verfolgung von sexualisierter Gewalt so weit oben auf der Agenda bei Polizei und Justiz. In keinem anderen Bundesland wird mit so viel Fingerspitzengefühl bei der Ermittlung vorgegangen, damit die Opfer von Missbrauch nicht erneut traumatisiert werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler. Jedes einzelne Kind wollen wir von Anfang an mit guten Bildungschancen versorgen. Daher muss jedes Kind am Ende der Grundschule lesen, schreiben und rechnen können. Das sind Basiskompetenzen, die Kinder für ihr ganzes Leben brauchen. Voraussetzung für einen funktionierenden Schulbetrieb sind gute Lehrerinnen und Lehrer.

Daher hat auch Ministerin Dorothee Feller bereits Maßnahmen gegen Lehrermangel ergriffen. Lehrkräfte werden dort eingesetzt, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Wir schaffen noch mehr Studienplätze für Lehrerinnen und Lehrer von morgen, wir verringern die Zahl der Klassenarbeiten, um Lehrkräfte zu entlasten. Alltagshelferinnen und Alltagshelfer unterstützen beim Unterrichtsalltag. So können

sich Lehrerinnen und Lehrer auf guten Unterricht konzentrieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unseren Lehrkräften steht eine entsprechende Wertschätzung zu, nicht nur verbal, sondern auch auf dem Konto. Daher nehmen wir in dieser Legislaturperiode insgesamt 900 Millionen Euro in die Hand, um unsere Grundschullehrkräfte und die Lehrkräfte in der Sekundarstufe I besser zu bezahlen. In diesem Haushaltsentwurf sind dafür 190 Millionen Euro reserviert. Seit Anfang August bekommen diese Lehrerinnen und Lehrer 230 Euro pro Monat mehr als noch vor einem Jahr. Das ist die Verlässlichkeit, die diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auszeichnet.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wer Kinder und Jugendliche besonders unterstützen möchte, muss ihnen für die Zukunft Perspektiven eröffnen. Dafür brauchen wir innovative Unternehmen und gute Arbeitsplätze.

Machen wir uns aber ehrlich: Während die Wirtschaft in anderen Staaten wächst, befinden wir uns in Deutschland in der Rezession. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der internationale Wettbewerb härter wird. Im vergangenen Jahr sind über 130 Milliarden Euro an Investitionen von Deutschland in andere Länder geflossen. Aus dem Ausland kam aber nur ein Bruchteil zurück.

Die Vereinigten Staaten kämpfen beispielsweise mit dem Inflation Reduction Act um die Ansiedlung von Unternehmen, und immer mehr europäische Unternehmen verlagern ihre Kapazitäten ins Ausland und bauen keine neuen Standorte mehr in Deutschland auf. Europa und vor allem Deutschland fallen im internationalen Wettbewerb daher zurück.

Angesichts dieser Rahmendaten war ich gespannt, was Olaf Scholz in der vergangenen Woche beim Besuch von unternehmer nrw zu sagen hatte. Statt einer ehrlichen Bestandsaufnahme bekamen die über 500 Gäste aus der Industrie und von den Verbänden ausweichende Antworten. Der Bundeskanzler warnte stattdessen vor Schlechtrednern und Kassandrarufern, und er zog seinem Versprechen eines Industrie- bzw. eines Brückenstrompreises den Stecker.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Ich warne den Bundeskanzler davor, vor Schönrednern und Kassandrarufern zu warnen. Als ich nach der Veranstaltung auf mein Handy schaute, tauchte als erste Pushnachricht auf, dass in meiner Heimat ein Traditionsunternehmen mehrere Hundert Stellen streichen muss. Das sind nicht nur Nachrichten aus meiner Heimat, sondern das sind Nachrichten, die wir aus dem ganzen Bundesland bzw. aus der

ganzen Bundesrepublik hören. Das sind keine Kasandrarufe, sondern das sind Alarmsignale.

(Beifall von der CDU)

Da nutzt es auch nichts, dass der Kanzler auf die angekündigten Großinvestitionen von Chipherstellern als Gegenbeispiel verwiesen hat. Um es klar zu sagen: Wir freuen uns über diese Investitionen. Die Wahrheit ist aber auch: Die Chipindustrie geht dorthin, wo Subventionen großzügig gezahlt werden.

Wir müssen auch etwas für die Unternehmen leisten, die bereits seit Generationen hier sind und in Deutschland produzieren. Dafür setzen wir uns in Nordrhein-Westfalen ein.

(Beifall von der CDU)

Wir machen dafür Politik, damit die Zugpferde der nordrhein-westfälischen Wirtschaft – die Chemieindustrie sowie die Metall- und die Elektroindustrie – eine Zukunft haben. Dafür brauchen wir Entlastungen und eine zielgerichtete Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze sichert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Einführung eines Industriestrompreises als Brückenstrompreis, wie das Olaf Scholz im Wahlkampf versprochen hat, wäre darauf die richtige Antwort. Ich kann nicht verstehen, warum sich der Kanzler von diesem Versprechen verabschiedet. Vielleicht erinnert er sich aber nicht mehr; auch das soll ja schon einmal vorgekommen sein.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist auf jeden Fall ein Schlag ins Gesicht der fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der energieintensiven Unternehmen, die eine Stütze dieses Landes sind. Wo bleibt da der vielbeschworene Respekt des Kanzlers vor den hart arbeitenden Menschen in diesem Land? Vor dem Parteitag der SPD ist das sicherlich eine Backpfeife für die vielen Menschen, die in diesem Land in diesen Unternehmen arbeiten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auf dem Unternehmertag meldete sich ein Mittelständler aus Bielefeld zu Wort, dessen Familie seit Generationen eine Stahlgießerei besitzt, die unter anderem Metalle für Windräder und damit gesellschaftlich erwünschte Produkte produziert. Für ihn, so seine Wortmeldung, sei der Industriestrompreis existenziell. Seine Stromkosten seien um 14 Millionen Euro gestiegen. Ändere sich nichts, verliere er Aufträge. Weitere Jahre könne er die Kostensteigerungen nicht mehr auffangen.

Wenn wir Milliarden für Subventionen ausgeben, um die Chipindustrie nach Deutschland zurückzuholen, warum investieren wir dann nicht auch Millionen, um Unternehmen für eine Übergangszeit zu unterstützen?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Macht's doch!)

Müssen Unternehmen erst abwandern, damit wir Milliarden in die Hand nehmen? Das kann doch nicht die richtige Antwort sein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich bin bei der Wirtschaftsministerin Mona Neubaur, die sagt, es gehe nicht nur um die energieintensiven Betriebe, sondern es gehe auch um die Handwerksbetriebe, die mit den gestiegenen Kosten kämpfen. Für sie müssen wir ebenfalls eine Lösung finden,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Macht doch was! – Zuruf von der CDU)

und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu reduzieren, wäre eine Antwort.

Aber auch hier: Kämpfen Sie bitte bei Ihrer Bundesregierung dafür, damit wir hier vorankommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

Wir verweisen aber nicht nur auf den Bund, sondern wir unternehmen auch selbst etwas. Zusammen mit der Industrie arbeiten wir daran, wie eine Transformation in Richtung einer CO₂-Neutralität gelingen kann.

Bei thyssenkrupp wird mit einem Anteil des Landes in Höhe von 700 Millionen Euro der erste Wasserstoffhochofen entstehen. Das ist die größte Förder summe in der Geschichte des Landes.

Darüber hinaus profitiert von dieser Innovation nicht nur der Standort Duisburg. Ich betone ausdrücklich, dass das auch eine gute Nachricht für alle Mittelständler ist,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

egal ob sie sich in der Eifel, in Ostwestfalen oder in Südwestfalen befinden, denn ein CO₂-neutraler Stahl wird in der Zukunft überall in unserem Land benötigt; sei es für Autos, für Waschmaschinen, für Brücken, für Schienen oder aber auch für Windräder.

Dieses Beispiel zeigt, dass CDU und Grüne Klimaschutz und Wirtschaft versöhnen können und so Arbeitsplätze und Wohlstand sichern.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Was wir von den Unternehmerinnen und Unternehmern am häufigsten gespiegelt bekommen, sind zu langsame und zu bürokratische Verfahren. Wir müssen bei den Genehmigungen für die Wirtschaft und für die Verkehrsinfrastruktur sowie beim Leitungsbau schneller werden. Bei den LNG-Terminals haben wir gesehen, dass das geht; wir brauchen nur endlich überall das von der Bundesregierung versprochene Deutschlandtempo.

Wenn ich mir einige Prozesse ansehe, ist das Deutschlandtempo nur noch Schrittgeschwindigkeit.

Für die Einforderung von höherem Tempo bei den Genehmigungen gab es übrigens beim Unternehmertag den größten Applaus. Eine Unternehmerin schrieb dem Bundeskanzler ins Stammbuch, ich zitiere: Herr Bundeskanzler, Sie ersticken uns in Bürokratie.

(Beifall von der CDU)

Wir in Nordrhein-Westfalen gehen einen anderen Weg; wir machen NRW-Tempo. Das sieht man beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Nirgendwo anders sind so viele Anlagen errichtet worden wie bei uns im ersten Halbjahr. 178 Windenergieanlagen mit einer Leistung von über 900 MW sind genehmigt worden. Bis Ende Juli wurden mehr als 950 MW an Solarenergieleistung installiert. Das ist das NRW-Tempo, an dem man sich ein Beispiel nehmen kann.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Fokussieren, Priorisieren, Transformieren – das sind die Überschriften für diesen Haushalt, und das machen wir ganz ohne neue Schulden. Wir belasten nicht die zukünftigen Generationen. Dennoch setzen wir in diesem Haushalt die richtigen Prioritäten für unsere Kinder und für die Transformation der Wirtschaft mit NRW-Tempo. Das sind kluge Vorgaben, hinter denen wir als CDU-Fraktion stehen. Es sind kluge Entscheidungen für die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen. Damit sind es kluge Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes.

Wie ich gesagt habe: Die Menschen erwarten von der Politik Lösungen. CDU und Grüne werden diesem Anspruch mit dem Haushalt für das Jahr 2024 gerecht. Das schaffen wir, weil wir sachlich, ruhig und pragmatisch sowie professionell zusammenarbeiten.

Was dabei herauskommt, wenn eine Koalition Chaos und Streit in sich trägt, wenn einer schriller sein muss als der andere, sieht man in Berlin: Rezession, Verdross bei den Menschen und Konjunktur für Extremisten. Das ist nicht der Politikstil der Zukunftskoalition. Davon werden wir uns auch in Zukunft positiv absetzen; das verspreche ich.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle mit meiner Rede enden,

(Zurufe von der SPD)

allerdings, Herr Ott, bei dem, was Sie hier vorgetragen haben, bedarf es noch einiger Bemerkungen.

Sie sind etwas mehr als 100 Tage im Amt. Ich hatte nicht erwartet, dass es 100 gute Ideen werden. Aber dass es noch nicht einmal für einen einzigen Antrag reicht, wie Nordrhein-Westfalen besser gemacht werden kann,

(Lebhafter Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

ist dann doch etwas wenig. Oder ist es wichtiger, auf dem Parteitag Papiere zu produzieren, die man dort vorlegt, als hier im Parlament in den Wettstreit der Ideen einzutreten?

(Zurufe von der SPD)

Wenn ich Ihre Rede zusammenfasse, dann habe ich das Gefühl, Nordrhein-Westfalen gehe in zehn Minuten unter. Was sich nicht geändert hat, ist, dass wenige Vorschläge vorliegen – es sind noch ein paar weniger geworden –, das einzige, was sich geändert hat, ist die Lautstärke, mit der Sie hier auftreten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Lautstärke ist aber keine Lösung.

Das Letzte, was ich Ihnen ins Stammbuch schreiben möchte: Der Kanzler spricht von einer Zeitenwende. Sie haben anscheinend nicht mitbekommen, dass wir eine Zeitenwende haben, dass andere Rahmenbedingungen vorliegen. Sie akzeptieren die Realität nicht.

Ich lade Sie ein, bei den Haushaltsplanberatungen konstruktiv mitzuarbeiten. Ich freue mich auf die Beratungen; denn ich bin mir sicher, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen unsere Prioritätensetzung teilen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So wenig Applaus hat er noch nie gekriegt! – Klaus Vossemer [CDU]: Ich würde an Ihrer Stelle mal zurückrudern!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schick. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Fraktionsvorsitzende Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen sind in diesem Jahr wieder in einem normalen Rhythmus. Der Finanzminister hat eingangs in seiner Rede darauf hingewiesen und das – ich möchte fast sagen: gönnerhaft – hier auch dargestellt. Dabei ist das eine Selbstverständlichkeit, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP und der SPD – Sarah Philipp [SPD]: Genau!)

Herr Finanzminister, das ist zwar erst Ihr zweiter Haushalt, den Sie hier selbst einbringen, aber fachlich sind Sie schon längst schwer angeschlagen. Das Chaos vom letzten Jahr ist noch präsent, und zum Wortbruch bei der Grunderwerbsteuer werde ich gleich noch kommen.

Das alles kommt in einer schwierigen Ausgangssituation zusammen. Ich teile übrigens in vielen Bereichen Ihre Analyse: Sicherheitspolitisch besteht eine große Herausforderung, ebenso bei Flucht und

Migration, bei den Energiepreisen oder im Hinblick auf Fachkräftengpässe.

Da stellt man sich die Frage, wie die Landesregierung eigentlich auf diese Situation reagieren will, abseits von dem Beschreiben in blumigen Worten, dass man es mit multiplen Krisen zu tun habe und dass das alles ganz besonders schwierig sei.

Wir müssen das, liebe Kolleginnen und Kollegen, einmal in die aktuelle Situation und in die aktuelle Gegenwart einordnen.

Es ist ziemlich genau 20 Jahre her, dass Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 vorgestellt hat. Unabhängig davon, wie man damals oder auch heute rückblickend einzelne Bestandteile dieser Reform inhaltlich genau bewertet, steht fest: Die Agenda-Politik war doch die letzte wirklich große Reform in Deutschland, das letzte wirklich große Paket.

Seitdem gab es sehr viele kleine Schritte, aber auch sehr viele Unterlassungen; zu wenig Mut, zu kurz gedacht, insbesondere bei der Sicherheit, bei der Verteidigung, bei der Digitalisierung, bei der Infrastruktur, aber auch bei der Wettbewerbsfähigkeit. Durch diese Zufriedenheit und häufig auch Selbstzufriedenheit in diesem Land wurden nicht nur Chancen auf mehr Wohlstand verpasst, sondern wir sehen jetzt, dass wir von anderen Regionen dieser Welt abgehängt werden.

Jetzt heißt es eigentlich, aufzuholen. Dieses Aufholen muss ein Haushaltsentwurf widerspiegeln. Ich stelle aber fest: Das tut er nicht.

Sie bestellen einfach „Das Übliche, bitte“, wie der Stammgast. Herr Minister, wer ständig mit beiden Händen in Richtung Berlin zeigt, hat natürlich auch keine Hand mehr frei, zu Hause anzupacken und sich um das zu kümmern, was hier eigentlich los ist.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Sie bestellen das Übliche. Der Ministerpräsident und die Landesregierung setzen auf Fototermine, auf den Status quo, auf bekannte Pfade. Sie scheuen dabei noch jedes kleinste Risiko wie der Teufel das Weihwasser.

(Christian Dahm [SPD]: So ist es!)

Aber ohne Mut kann keine Aufholjagd entstehen. Ohne Mut und ohne Risiko kann auch nichts Neues in diesem Land entstehen. Darum ist dieser Haushalt ein Haushalt der verpassten Chancen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

CDU und Grüne verwechseln dabei – die Reden haben das noch einmal unterstrichen – einen großen Staat mit einem schlagkräftigen und mit einem treffsicheren Staat.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die haben aber noch gar nicht geredet, Herr Kollege!)

Der Landeshaushalt ist, Herr Kollege Mostofizadeh, seitdem ich diesem Haus angehöre – elf Jahre jetzt – von 52 Milliarden Euro auf über 100 Milliarden Euro gestiegen, hat sich verdoppelt. Dann lese ich mit Interesse heute in der Rheinischen Post das Interview des Finanzministers. Da kann ich nur sagen: Wenn man innerhalb von zehn Jahren das Haushaltsvolumen verdoppelt, ist die Bezeichnung „Sparhaushalt“ ein schlechter Witz. Dann kann es nicht mehr um das Volumen gehen.

(Beifall von der FDP)

Sie sollten auch noch mal Ihre Kritik an der kalten Progression überprüfen. Die kalte Progression ist keine Steuersenkung; sie ist der Verzicht auf eine heimliche Steuererhöhung. Das ist schon ein sehr wesentlicher Unterschied. Im Übrigen hat das Land Nordrhein-Westfalen dem dazugehörigen Gesetz im Bundesrat zugestimmt. Wenn es also wirklich ernst wäre mit Ihrer Kritik, hätten Sie sich dort enthalten müssen.

(Christian Dahm [SPD]: So ist es!)

Sie haben aber zugestimmt, um dann im Nachhinein das Ganze zu kritisieren. Indem Sie das tun, zeigen Sie eigentlich etwas anderes, nämlich ein Staatsverständnis, was ich Ihnen gar nicht zugetraut hätte. Sie zeigen damit, dass das Land Nordrhein-Westfalen zwar innerhalb von zehn Jahren das Haushaltsvolumen verdoppelt, aber dass Sie immer noch der Meinung sind: Die 5 % Lohnerhöhung merken die Leute gar nicht – das haben Sie ja gerade gesagt –, darum brauchen sie es nicht.

Sie wollen lieber für die Leute entscheiden, wie das Geld auszugeben ist. Das ist für eine unionsgeführte Landesregierung ein sehr überraschendes Staatsverständnis: dass Sie besser wissen wollen, was mit dem Geld der Leute zu tun ist, als diejenigen, die es jeden Tag in diesem Land erarbeiten.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Die Wahrheit ist: Der Staat hat sich doch längst verzettelt. Je höher die Staatsquote, desto schlechter ist die Aufgabenerfüllung geworden. Auch ich habe in der vergangenen Woche mit Interesse die Ergebnisse der Umfrage vom Beamtenbund wahrgenommen: 69 % der Bürgerinnen und Bürger halten den Staat für mit Aufgaben überfordert. Der Finanzminister und der Kollege Schick haben gesagt: Das liegt an der Ampel. – Das halte ich, vorsichtig formuliert, in der Analyse für unterkomplex.

(Heiterkeit von der SPD)

Wenn das nur an der Ampel läge – Sie können mir glauben, ich habe da auch durchaus Verbesserungsvorschläge –, müsste Friedrich Merz doch längst Kanzler der Herzen sein. Er ist es aber nicht. Darum sollten Sie Ihre Analyse noch einmal deutlich überprüfen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich glaube, der Staat muss bei seinen Kernaufgaben wieder schlagkräftiger werden, muss wieder treffsicherer werden. Damit das gelingt, müssen wir eben in anderen Bereichen auch wieder schlanker werden, stärker auch auf Eigenverantwortung setzen, Mut haben zu großen, zu unbequemen Fragen, und Mut haben zu großen und auch unbequemen Reformen.

Letztlich braucht Deutschland in dieser Situation ein Reformpaket, was vom Umfang her die Agendapolitik in den Schatten stellt. Das hätte Nordrhein-Westfalen als größtes Land mit anstoßen können. Dazu hätten Sie Ihren Beitrag leisten können. Sie tun es nicht, weil Sie mit Fototerminen zufrieden sind, und darunter leidet dieses Land.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Dabei sind die Herausforderungen groß. Ich will auf einige eingehen: Flucht und Migration. Nordrhein-Westfalen hat im vergangenen Jahr mehr Flüchtlinge aufgenommen als 2015, obwohl heute niemand mehr über eine Flüchtlingskrise spricht. Im vergangenen Jahr hat Nordrhein-Westfalen mehr Flüchtlinge aufgenommen als Frankreich. Wir nehmen in Wahrheit im Moment auch mehr Flüchtlinge auf, als wir Kapazitäten und Ressourcen haben. Dann müsste man ja eigentlich denken: Dann baut das Land die landeseigenen Flüchtlingsunterkünfte auf, logisch.

(Sven Wolf [SPD]: Denkste!)

Falsch: Das passiert bei dieser Landesregierung nicht. Wir hatten mal 80.000 Plätze in der Verantwortung des Landes für Flüchtlinge.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Das waren Turnhallen!)

Wir haben 30.000, und selbst von dem mickrigen Ziel, auf 35.000 zu erhöhen, haben Sie sich mittlerweile verabschiedet.

(Sven Wolf [SPD]: Sie haben die Kommunen im Regen stehen lassen!)

Dann könnte man denken: Mehr Verantwortung für die Kommunen, weil schneller zugewiesen wird, müsste dann mehr Mittel für die Kommunen heißen, damit das irgendwie auszugleichen ist.

(Christian Dahm [SPD]: So ist es!)

Falsch: Die Mittel im Flüchtlingsaufnahmegesetz bleiben unverändert.

Ministerin Josefine Paul lädt regelmäßig zu Videokonferenzen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den Landräten ein. Wenn Sie danach mit Teilnehmern sprechen, gucken Sie in fassungslose und ratlose Gesichter. Die Amtsführung der Flüchtlingsministerin in dieser Situation erinnert mich an eine Postkarte, die in der Küche meiner Studenten-WG hing; da stand drauf: Ich habe auch keine Lösung, aber ich bewundere das Problem.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Es braucht wirklich eine grundlegende Reform. Zur Wahrheit gehört: Das Land hat nicht alle Hebel in der Hand, aber einige eben doch. Es braucht eine grundlegende Reform, weil wir das Vertrauen der Menschen in diesen ganz zentralen Bereich verlieren.

Vor einem Jahr haben 46 % der Menschen in einer repräsentativen Umfrage gesagt, die Europäische Union solle weniger oder sogar gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Mittlerweile sind das 62 %. Man muss die Realität schon anerkennen: dass das aktuelle System vielleicht bei 20.000 oder 30.000 Flüchtlingen funktioniert hat, aber eben nicht bei den aktuellen Zahlen. Es braucht ein Update auf die heutige Realität.

Alle Ebenen sind gefragt, und auf allen Ebenen müsste sich das Land Nordrhein-Westfalen einsetzen: Die europäische Verteilung ist nicht gerecht, die ist nicht in Ordnung. Beim Rücknahmeabkommen ist der Bund gefordert und geht jetzt übrigens erste Schritte, richtig so. Bei der Frage nach den sicheren Herkunftsländern könnte man über den Bundesrat etwas tun. Das scheitert an den Grünen.

Sie müssten ganz dringend in den Landeseinrichtungen mehr Plätze schaffen.

Sie müssten weiterhin auch sauber organisieren, dass Recht konsequent angewandt wird, dass nämlich bei einem ablehnenden Asylbescheid auch die Rückführung erfolgt – nicht aus Boshaftigkeit, sondern weil wir, wenn wir das Vertrauen der Menschen behalten wollen, im Rechtsstaat darauf angewiesen sind, dass Regeln durchgesetzt werden, und weil wir die Ressourcen in den Kitas, in den Schulen, bei Sprach- und bei Integrationskursen für die Menschen mit Bleibeperspektive brauchen. Da gäbe es viel zu tun.

Es gibt übrigens auch in diesen Bereichen etwas neu zu denken: Städte und Länder, die vorangehen bei der Residenzpflicht, aber auch bei Sachleistungen oder Prepaid-Karten. In Bayern und Brandenburg, in Hamburg und Hannover laufen entsprechende Pilotprojekte. Es braucht hier bei einigen Diskussionsteilnehmern also gar keinen Schaum vorm Mund, wenn man darüber diskutiert. Es passiert in Deutschland, nur in Nordrhein-Westfalen nicht. Es fehlt schließlich Mut, und es fehlen Ideen. Sie verspielen in diesem wichtigen Themenfeld das Vertrauen der Menschen – und zwar mit Ansage.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte zweitens am Beispiel „Wohnen“ über die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sprechen. Wenn man die Durchschnittszahlen nimmt – wie viel Wohnfläche, was kostet das? –, dann kostet der Bau eines Standardfamilienhauses heute etwa 350.000 Euro. Dazu kommen dann natürlich noch die Grundstückskosten, die Steuern und der Notar. Haus & Grund

sagt, das sind etwa 30 % mehr als noch vor zwei Jahren.

Für die FDP ist klar: Wenn alles teurer wird – zumal in diesen Raten –, dann braucht es eine Politik, die entlastet – und zwar entschieden entlastet. Beim Blick in das Wahlprogramm der Union könnte man ja Hoffnung haben, sowohl als Mitglied der FDP als auch als Bürger dieses Landes. Da haben Sie sich ja zum Wohneigentum bekannt und den Wunsch, in die eigenen vier Wände zu ziehen, auch positiv unterstützt.

Aber was ist eigentlich von diesem Bekenntnis geblieben? – Nichts. Sie enttäuschen junge Familien. Sie enttäuschen Menschen, die sich den Wunsch von den eigenen vier Wänden erfüllen wollen. Auch hier haben Sie nicht alle Hebel in der Hand, was die Wohnkosten angeht. Aber wenn Sie seit der Landtagswahl einen Hebel in die Hand genommen haben, dann waren Sie da konsequent: noch teurer, noch bürokratischer, noch eigentumsfeindlicher. Sie sind auf einem Feldzug gegen Wohneigentum, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das machen Sie konkret im Haushalt, indem Sie zum Beispiel 1 Million Euro weniger für innovatives Bauen und Digitalisierung in der Bauwirtschaft bereitstellen. Schließlich könnte das ein kleiner Baustein sein, um Bauen günstiger zu machen.

Sie tun es aber vor allen Dingen durch eine wirklich unheilvolle Serie gegen das bezahlbare Wohnen, die übrigens gar nicht nur Eigentümer und die, die es werden wollen, betrifft, sondern auch Mieter:

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der SPD)

Erstens. Förderprogramm bei der Grunderwerbsteuer: gestrichen!

Zweitens. Grundsteuer: versinkt im Chaos!

Drittens. Straßenausbaubeiträge: immer noch nicht abgeschafft!

Viertens. Erschließungsbeiträge: Fristen einfach mal wieder verdoppelt!

Fünftens. Abwassergebühren: trotz Urteil die Kalkulationsgrundlage nur zugunsten der Kämmerer, nicht zugunsten der Bürger!

Sechstens. Einführung des „Kies-Euro“: Zu weiteren Baukostensteigerungen wird das führen.

Also sechs Fälle in gut zwölf Monaten. Man könnte es auch anders sagen: Alle acht Wochen verliebt sich Schwarz-Grün in eine Steuer- und Abgabenerhöhung.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der SPD)

Man kann nicht auf alles eingehen, aber ich kann Ihnen ein paar Beispiele nennen. Was die Straßenausbaubeiträge angeht, hatte der Landtag schon längst entschieden. Ein Konzept zur Abschaffung sollte im letzten Sommer vorliegen. Das wurde nicht erledigt und hat laut Aussage der Kommunalministerin auch keine Priorität. Das ist kein Respekt vor dem Parlamentsbeschluss, und das ist keine Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von der FDP)

Zweites Beispiel: Grundsteuer. Bequemlichkeit, Mangel an eigenem Gestaltungswillen, Scholz-Modell bleibt! Die Quittung lautet: über 800.000 Einsprüche, und jetzt stellt sich die Frage, wann wir die Million reißen und wie viele eigentlich klagen werden. Das hätte man besser organisieren können.

(Beifall von der FDP)

„Wenn alles teurer wird, muss einer entlasten“ sollte das Motto einer Regierung in dieser Zeit sein. Diese schwarz-grüne Landesregierung hat ein anderes: Wenn alles teuer wird, macht das bei der Grundsteuer auch nichts mehr aus.

Das letzte Beispiel ist die Grunderwerbsteuer. Da habe ich mich eben gefreut, Herr Finanzminister, als Sie hier über die Unberechenbarkeit der Ampel gesprochen haben. Das ist allerdings gefährlich, wenn man auf Ihre eigene Geschichte im Amt schaut.

Das Förderprogramm zur Grunderwerbsteuer hat 50.000 Familien den Weg in die eigenen Wände hier in Nordrhein-Westfalen etwas leichter gemacht. Ich habe bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr hier an diesem Pult gefragt: Herr Finanzminister, im Haushalt ist gar kein frisches Geld für dieses Programm eingeplant. Soll das etwa still und heimlich auslaufen? – Daraufhin haben Sie reagiert und gesagt: Nein, nein, Herr Höne, das ist nur schwer zu finden im Haushalt; ich kann Ihnen gerne helfen. Man brauchte gar kein neues Geld im Haushalt, es sei genug da, und das vorhandene Geld werde mindestens noch verwendet.

Das habe ich Ihnen geglaubt, und das haben Ihnen auch die Menschen in diesem Land geglaubt.

(Minister Dr. Marcus Optendrenk: Das habe ich so nicht gesagt!)

– Doch, das haben Sie genau so gesagt, Herr Finanzminister. Wir können es gerne im Protokoll nachlesen.

(Minister Dr. Marcus Optendrenk: Nein!)

Dann kam der 14. Juli, Freitagnachmittag. Die NRW.BANK, die das Programm verwaltet, teilt mit: Es wird mit sofortiger Wirkung eingestellt. Wer am kommenden Montagmittag einen Notartermin hat, schaut in die Röhre. – Herr Minister Optendrenk, das

ist ein schwerwiegender Wortbruch, und das kostet Vertrauen in Politik insgesamt.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wer sich in NRW etwas aufbauen möchte, der hat in dieser Landesregierung keinen Partner. Sie machen Politik für den eigenen Landeshaushalt und die Kämmerer, aber nicht für die Bürger, und ein Jahr nach der Wahl müssen wir zum wiederholten Male feststellen: Auf das Wort dieser Landesregierung ist kein Verlass.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich möchte drittens über die wirtschaftliche Lage sprechen. Deutschland belegt im OECD-Vergleich den zweiten Platz bei den Lohnsteuerkosten. Nur in Belgien sind sie höher.

Wir belegen den zweiten Platz bei den Unternehmensteuern. Nur in Portugal sind sie höher.

Und wir belegen den ersten Platz bei den Strompreisen, die übrigens nicht erst seit anderthalb Jahren hoch sind, sondern schon seit 20 Jahren kontinuierlich steigen. In der aktuellen Debatte wird gerne so getan, als sei das ein exogener Schock durch den Angriff Putins auf Russland gewesen. Aber in Deutschland steigen die Strompreise seit 20 Jahren aufgrund politischer Entscheidungen.

Das alles sind wahrscheinlich die einzigen Preisverleihungen hier in diesem Land, bei denen man den Ministerpräsidenten nicht antrifft, und darüber muss man sich Sorgen machen. Diese Sorgen machen wir uns übrigens schon länger. Unter anderem im November 2022 haben wir das angesprochen. Da wurden die Kritik und die Sorgen der Opposition aus der Koalition heraus noch als Polemik abgetan, und es wurde auf den Bund verwiesen. Das war – nur zur Erinnerung – vier Wochen, bevor Sie auf einmal auch selbst gemerkt haben, dass die Lage etwas ernster ist.

Meine Damen und Herren, das, was verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet werden. Dafür brauchen wir eine wachsende Wirtschaft. Denn diese ist Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähigen Sozialstaat. Wir brauchen deshalb einen Standort, wir brauchen Wettbewerbsbedingungen, zu denen sich Unternehmen gerne niederlassen, und zwar aus sich selbst heraus, und nicht nur, wenn dafür Milliarden Subventionen gezahlt werden.

Ich freue mich für die Standorte bei Intel, auch in Dresden, und für die Chipfabrik. Aber die Freude ist auch schon getrübt, weil das am Ende Politik für wenige Große ist. Deutschland ist aber nicht wirtschaftlich und sozial stark aufgrund weniger großer Unternehmen, sondern wir sind wirtschaftlich stark, weil wir viele kleine Unternehmen haben. Und für die wird hier zu wenig getan!

(Beifall von der FDP)

Seit der Wahl – weil der Kollege Schick sich ja die Antragsstatistik genauer angeguckt hat – kam aus der Koalition kein einziger Antrag zu Wachstumsimpulsen oder zur eigentlichen Wirtschaftspolitik,

(Marc Lürbke [FDP]: Hört, hört!)

zu Wettbewerbsbedingungen oder zum Bürokratieabbau. So viel zu der Frage der entsprechenden Prioritäten.

Hohe Steuern, hohe Lohnnebenkosten, Rekordenergiepreise, Bürokratie, Fachkräftemangel – das alles mischt sich zu einem giftigen Cocktail. Ob das nun ein Lieferkettengesetz ist, ob das Werbeverbote sind, Verbandsklagerechte oder der Spionageerlass: Bei diesem giftigen Cocktail ist einer immer dabei, und das ist die grüne Partei.

Die gute Nachricht ist ja dann: Wenn das hausgemacht ist, dann kann man auch andere Rezepte in die Hand nehmen, dann kann man auch etwas tun, um die Standortbedingungen zu verstärken – bei den Energiepreisen, beim Bürokratieabbau und sicherlich auch im Bereich der Fachkräfte.

Über Energie werden wir auch am Freitag noch mal sprechen. Es ist in der Tat so, dass das hier im Moment ein entscheidender Standortfaktor ist. Da braucht es eine Reaktion. Ich glaube nur, dass der Vorschlag von Robert Habeck, einigen wenigen Großen einen Industriestrompreis zu garantieren unter der Bedingung, dass sie sich zu einer früheren Klimaneutralität verpflichten, unter der Bedingung, dass sie Bestandsgarantien abgeben, der falsche Weg ist.

Sie wollen – dem Vorschlag haben sich ja der Ministerpräsident und seine Stellvertreterin angeschlossen –, dass viele in diesem Land noch mehr für Energie bezahlen, damit einige wenige für einen gewissen Zeitraum weniger bezahlen. Mich überzeugt nicht, dass der Handwerksmeister für den CHEMPARK die Stromrechnung mitbezahlen soll. Ich möchte geringere Energiekosten und weniger Energie für alle Unternehmen und für alle die, die hier noch etwas erleben wollen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Vorschläge dazu – hier aus dem Industrieland Nummer eins –, Vorschläge aus dem Land, von der Ministerin, die zum Amtsantritt die Wirtschaftsministerkonferenz geleitet hat: Fehlanzeige. Anträge dazu aus der Koalition: Fehlanzeige.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Investitionsentscheidungen werden doch aber nicht auf der Grundlage des Versprechens getroffen: Für einige wenige Jahre ist der Strom etwas billiger, aber alles andere im giftigen Cocktail bleibt.

(Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Dagmar Hanses [GRÜNE])

Industrie braucht Vertrauen, dass sie überhaupt gewollt ist. Wir brauchen einen politischen Konsens, dass wir hier auch zukünftig Industrie, dass wir hier Gewerbe haben wollen, dass es hier auch zukünftig – um das mal etwas plastisch zu sagen – Schornsteine gibt, dass hier Industrie vorhanden ist, dass es hier und da auch mal laut ist. Wir brauchen einen Konsens für Vorfahrt für Infrastruktur, bei einer Senkung der Steuern und Abgaben, beim Abbau von Bürokratie. Das, was man beim Schulkonsens hier – wenn auch inhaltlich stark zu kritisieren – von der Richtung her gut gemacht hat,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

bräuchte es eigentlich auch als Industriekonsens, gerade im Industrieland Nummer eins. Dazu reichen wir gerne die Hand.

(Beifall von der FDP)

Der Unterschied liegt aber im Rezept. Die Grünen wollen die Folgen schlechter Politik, oftmals die Folgen der eigenen Politik, mit Förderprogrammen und mit Subventionen überstreichen. Subventionen machen schlechte Politik aber nicht besser; sie machen sie nur teurer. Sie haben ja selber gesagt: Teurer ist bei der aktuellen Haushaltslage schwierig!

Stattdessen also mehr Energieangebot. Wir sprechen zum Beispiel über den Spitzenausgleich, über die Stromsteuer; ich habe mich gefreut über den Vorschlag des Kollegen Schick. Das Land könnte übrigens auch auf die Konzessionsabgabe verzichten. Es gäbe also Möglichkeiten, kurzfristig zu helfen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Was wird aber konkret getan im Haushalt? Diese Landesregierung kürzt 6 Millionen Euro bei den Mitteln, wenn es um Energiespeicher geht. Diese Landesregierung kürzt über 60 Millionen Euro bei den Mitteln für Zukunftstechnik, KI, Robotik und Quantencomputing, also bei Dingen, die wir doch zukünftig für die Energiesicherheit brauchen, aber auch für den Klimaschutz.

Mona Neubaur hat im Wahlkampf plakatiert: Erlebe dein grünes Wirtschaftswunder! Ein Jahr nach Amtsantritt stellen wir fest: Das war eine Drohung, und zwar eine ernst gemeinte.

(Beifall von und Heiterkeit bei der FDP)

Wir sprechen über Bürokratie und Bürokratieabbau.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Da braucht es übrigens auch eine Perspektive für Unternehmen, unter anderem mit den Mitteln der Digitalisierung. Wir haben es gestern mit den Wirtschaftsunioren diskutiert.

Die Landesregierung – Kerngeschäft: Verwaltung und Vollzug der Gesetze – kürzt die Mittel um 19 Millionen Euro bei der Digitalisierung der Verwaltung. Sie vernachlässigen also Pflichtaufgaben und schaden damit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Drittens: Fachkräfte. Die brauchen wir, wenn wir ein neues Wirtschaftswunder hier in Deutschland, hier in Nordrhein-Westfalen, entfachen wollen. Ich freue mich über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel. Das habe ich hier an dieser Stelle schon öfter gesagt: guter Schritt! Politik muss aber auch vorleben, dass wieder etwas mehr passieren, dass in die Hände gespuckt werden muss. Ich freue mich auch, dass Andrea Nahles jetzt festgestellt hat, weil sie in neuer Funktion ist, dass die Einführung der Rente mit 63 gar nicht so eine gute Idee war in einem Land, in dem die Babyboomer demnächst alle in Rente gehen, in dem wir die Fachkräfte dringend vermissen werden.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das ist in der ganzen Bundesrepublik so!)

Ein Land, in dem ohnehin im OECD-Vergleich am wenigsten pro Woche gearbeitet wird, ein Land, in dem die Menschen am frühesten in Rente gehen, ein Land, das in dieser Situation über die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich diskutiert – da kann man eigentlich nur noch Realitätsverlust unterstellen.

Es gibt also viele Herausforderungen, gerade auch im Bereich Fachkräfte: Anwerben, aber natürlich auch Kümmern um diejenigen, die hier sind. Es ist eine Voraussetzung, es ist eine Herausforderung für die Bildungspolitik. Hängen geblieben bei der Bildungspolitik sind Schwierigkeiten beim Download von PDF-Dokumenten und der Streit um Versetzungen.

Mir fehlt in dieser Landesregierung, aber auch im Haushalt, die große Frage: Wohin gehen wir mit der Zukunft der Bildung, mit den Talentschulen? Wohin wollen wir mit den Chancen auch der digitalen Bildung? Die erste Frage, die aus dem Bildungssystem kam, als die Innovation ChatGPT offenkundig wurde, war: Wie können wir denn jetzt erkennen, ob ein Schüler geschummelt hat? In anderen Ländern fragt man sich: Wie können wir die Schüler dazu befähigen, diese neuen Technologien anzuwenden? Das ist der Richtungswechsel, den wir hier brauchen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwierige wirtschaftliche Lage – viele haben darüber gesprochen, ich habe das auch skizziert – hat im letzten Jahr die Koalition auf den letzten Metern, den letzten Tagen des Jahres selber auch so gesehen und einen Rettungsschirm aufgelegt, um gegen die Rezession anzukämpfen. Das haben ja gar nicht alle Bundesländer so gemacht. Man könnte also nach einem Jahr

Bilanz ziehen und sich fragen, ob es eigentlich geholfen hat und wofür das Geld verwendet wurde.

Mittel aus dem Rettungsschirm sind unter anderem für eine WLAN-Ausstattung beim Institut der Feuerwehr, für die Tanklogistik der Polizei, für Software an den Unikliniken und für die Beschaffung krisenfester technischer Ausstattung im Ministerium für Kultur – unter anderem Satellitentelefone – ausgegeben worden. All das können für sich genommen sinnvolle Projekte sein, aber ich sehe nicht, wie damit gegen die schwächelnde Konjunktur oder gar gegen die Energiekrise angearbeitet wurde.

Herr Minister Optendrenk, Sie haben versprochen, dass die Schulden zur unmittelbaren Krisenhilfe verwandt würden. Und der Ministerpräsident hatte übrigens im September hier im Plenum versprochen – ich zitiere –: „Wir werden da, wo wir verantwortlich sind, für Entlastungen sorgen.“

Tatsächlich ist der Rettungsschirm aber nicht für die Menschen in diesem Land, sondern für die Landesregierung. Sie nutzen das Sondervermögen, um sich im Kernhaushalt Spielräume für eigene Projekte zu schaffen. Das ist unehrlich und wird der Lage in diesem Land übrigens auch nicht gerecht.

(Beifall von der FDP, Christian Dahm [SPD] und Jochen Ott [SPD])

Die Lage verlangt nach Mut, Reformen und Anpacken. Diese Landesregierung und der Ministerpräsident machen aber so weiter, als wenn nichts wäre. Sie streiten sich um Lehrerversetzungen, wo wir Engstellen haben, und bei den Schulverwaltungsassistenten, die eigentlich dafür sorgen sollen, dass Lehrer mehr Unterricht geben können, wird gekürzt: 7 Millionen Euro.

In den Kitas ist die Hölle los und Sie streichen 3 Millionen Euro für die Fachkräftegewinnung der Kitas.

Zur Polizei: Gerade wurde gerade gesagt, es würden 3.000 Stellen für die Einstellung geschaffen. Wir schauen mal, wie viele davon wirklich besetzt werden, Herr Kollege Schick.

Das macht das, was ich Ihnen jetzt noch ins Stammbuch schreibe, aber umso schlimmer. Sie schaffen mehr Stellen für die Polizei, bei der Schutzausrüstung für die Polizei sparen Sie aber 3 Millionen Euro. Sie sparen bei den Menschen, die in Uniform den Kopf für den Rechtsstaat hinhalten. So wenig Respekt für die Polizei haben wir in diesem Haus selten erlebt!

(Beifall von der FDP und der SPD)

Selbst in Bereichen, wo man meinen sollte, dass da etwas passieren müsste, kürzen Sie. Bei der Klimaanpassung kürzen Sie um eine halbe Million Euro. Dass die CDU mitmacht, dass bei den Landesstraßen um über 22 Millionen Euro gekürzt wird, muss man fast schon einpreisen.

Ich möchte aber auch noch mal auf die Hilferufe aus den Kommunen eingehen. Der Finanzminister hat eben gesagt, NRW sei das erste Land, was sich diesbezüglich auf den Weg gemacht habe.

(Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Nein!)

Herr Finanzminister, Sie haben gesagt: Das erste Land, die erste Landesregierung, die ein umfassendes Paket auf den Weg gebracht habe.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die erste Landesregierung! Zuhören, Herr Kollege! – Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Hier in Nordrhein-Westfalen! Hören Sie doch mal zu!)

– Freunde, es kann ja mal etwas untergehen. Ich bin gerne bereit, mich dann zu korrigieren. Also: die erste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Zuhören!)

– Herr Finanzminister, so oft, wie ich Sie eben zitiert habe, habe ich ja offensichtlich zugehört.

(Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Falsch zitiert!)

Andere Zitate sind Ihnen unangenehm. Das kann ich verstehen, aber trotzdem bleiben sie ja richtig.

Sie haben also gesagt, Sie seien die erste Landesregierung in NRW, die bei den Altschulden etwas tue. Was Sie als Konzept vorgestellt haben, war insofern besonders einfach, weil es ein Vertrag zugunsten Dritter war.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Sie haben sich dann hier hingestellt und gesagt: Anfang der Woche waren wir kurz vorm Durchbruch, und dann kam der Bund dazwischen. – Anfang der Woche waren Sie kurz vorm Abgrund, und jetzt sind Sie einen Schritt weiter! Das ist der Unterschied in der Bewertung.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Die Wahrheit ist: Am Freitag vergangener Woche hat hier im Haus eine Anhörung stattgefunden.

(Sven Wolf [SPD]: Ein Desaster für die Landesregierung war das!)

Da ist Ihr Vorschlag vernichtet worden. Was Sie vorgeschlagen haben, war keine Altschuldenlösung für die Kommunen, sondern ein Feigenblättchen, um irgendwie den Koalitionsvertrag zu erfüllen.

(Beifall von Dr. Werner Pfeil [FDP] – Stefan Zimkeit [SPD]: Betrug war das!)

Das passt allerdings ins Bild. Denn während aus den Kommunen in allen möglichen Bereichen Hilferufe kommen, wird das Gemeindefinanzierungsgesetz

stärker befrachtet, und Sie lassen Sonderregeln zur Bilanzierung auslaufen. Sie laufen sehenden Auges in eine Überschuldungswelle bei den Kommunen, und das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall von der FDP und der SPD)

An ganz vielen Stellen wird also gekürzt, aber nicht bei den Ministerien und der PR-Arbeit. Da gibt es auch in diesem Jahr wieder neue Stellen. Noch nie gab es in der Landesregierung so viele Leute, die damit beschäftigt waren, der Öffentlichkeit so wenig konkretes Regierungshandeln zu verkaufen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Sie können es abtun, wenn hier gesagt wird, ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

Henning Höne (FDP): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

... es gebe zu viel PR, zu viele Fototermine. Dahinter steckt aber grottenschlechtes Regierungshandwerk: angefangen beim Kohledeal, bei der Suche nach einem neuen Namen für die Clankriminalität, die ja in die nächste Runde geht – ich freue mich darauf –, beim Streit um die Gebührenordnung für die Polizeieinsätze bis zur Rolle rückwärts bei den Altschulden. Für diese Landesregierung kommt die Kür vor der Pflicht, für Sie kommt Repräsentieren vor Regieren und damit kommt für Sie schlussendlich auch die Partei vor dem Land.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

Henning Höne (FDP): Trotz eines Rekordhaushalts schaffen Sie die Aufholjagd nicht. Das ist eine verpasste Chance für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Manche Sachen scheinen auf den ersten Blick ganz einfach zu sein – zum Beispiel beim Fußball. Man könnte meinen, ein hochbezahlter Fußballprofi sollte mit Leichtigkeit einen Ball mit 22 cm Durchmesser in ein fast 18 m² großes Tor schießen können – zumal aus nur 11 m Entfernung. Aber manchmal treffen die besten Spieler auch aus kürzester Distanz nicht – vielleicht,

weil der Erfolgsdruck zu hoch ist, der Winkel nicht passt oder der Torwart zufällig in die richtige Ecke springt. Es geht eben doch um mehr, als das Runde aus 11 m Entfernung ins Eckige zu schießen.

So ist es auch beim Nordrhein-Westfalen-Haushalt 2024: Es ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Er steigt um 7,2 Milliarden Euro an, trotzdem ist er in vielen Bereichen von Einsparungen und notwendigen Priorisierungen geprägt. Wie gerne würden auch wir aus dem Vollen schöpfen, wie es vor 2022 möglich war. Die Steuereinnahmen wuchsen immer weiter. Alle gewöhnten sich daran und dachten, so gehe es immer weiter. Aber das ist eben absehbar vorbei.

Das Lamentieren bringt aber nichts. Wir übernehmen Verantwortung. Wir arbeiten mit dem, was da ist, und sorgen gleichzeitig für zukünftige Krisen vor. Wir machen NRW zukunftsfest.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Auf den ersten Blick sieht ein um 7,2 Milliarden Euro erhöhter Landeshaushalt also nach besseren Rahmenbedingungen aus; wie ein Ball auf dem Elfmeterpunkt: einfach zielen und fertig. Aber auf den zweiten Blick ist es eben komplexer. Dann wird klar, mit welcher Häufung von tiefgreifenden Veränderungen und Krisen und damit verbundenen Herausforderungen wir es zu tun haben.

Die Folgen der Klimakrise setzen uns alle persönlich, unsere Städte und Gemeinden, unsere Wirtschaft und auch uns als Politik unter großen Anpassungsdruck. Die älter werdende Gesellschaft sorgt zusammen mit einer jahrelang verschlafenen und immer noch nicht alle Potenziale nutzenden Einwanderungspolitik für einen Arbeits- und Fachkräftemangel. Das stellt uns in allen Bereichen vor große Herausforderungen – ob in KITAS, Handwerk, Wirtschaft oder Industrie. Digitalisierung und Automatisierung verändern rasant Abläufe und Regeln unserer Wirtschaft und unseres sozialen Miteinanders. Die historisch gewachsene Verwaltungsstruktur ist dann oft nicht schnell und flexibel genug, um auf die Dynamik dieser Wirklichkeit zu reagieren.

Für sich alleine genommen wäre jede dieser Veränderungen und jede dieser Krisen schon herausfordernd genug. Aber sie kommen zusammen, und dann kamen in den vergangenen Jahren noch eine Pandemie, der Ukraine-Krieg, ein Energiepreisanstieg und Inflation hinzu. Das alles prägt unseren Landeshaushalt.

Und dann wird es leider noch schwieriger. Der Bund versucht, seine Haushaltslöcher zu stopfen, indem er den Ländern und Kommunen das Fundament entzieht. Ohne Fundament kann kein Haus stehen und

keine Kommune und kein Bundesland gute Rahmenbedingungen für ihre Bürger*innen schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das dritte Entlastungspaket aus dem Herbst 2022 sorgt in NRW für jährliche Mindereinnahmen in Höhe von 4 Milliarden Euro. Das war bereits die erste Destabilisierung dieses Fundaments.

Jetzt drohen neue Belastungen für die Kommunen, beispielsweise durch das sogenannte Wachstumschancengesetz. Dieses Gesetz wäre zwar ein erster wichtiger Schritt für die Ankurbelung der Wirtschaft, und es sind auch gute Punkte enthalten wie zum Beispiel die Prämie für klimafreundliche Investitionen, doch der Grundsatz muss gelten: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Eine weitere Belastung auf Kosten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist in der jetzigen Situation weiter destabilisierend und schlicht verantwortungslos.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Auch beim Landeshaushalt 2024 gilt natürlich das Struck'sche Gesetz: Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist. Das wird auch in diesem Jahr nicht anders sein.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre deuten darauf hin, dass es wieder zu kurzfristigen Anpassungen kommen kann, sei es wegen haushaltsrelevanter Überraschungen aus dem Bund oder veränderter steuerlicher Einnahmen.

Häufig ist in so einem Fall das Geschrei der Opposition besonders groß. Ich sehe die Überschriften schon vor mir. Auch hier gilt: Vermeintlich einfache Antworten klingen zwar gut, helfen aber nicht weiter.

Was wäre es für ein Armutszeugnis für eine Regierung und für ein Parlament, wenn wir nicht auch kurzfristig auf neue Herausforderungen reagieren könnten? Diese Regierung, diese Koalition reagiert schnell und ist bereit, auch mal über den eigenen Schatten zu springen. Wenn nötig, stellen wir auch eigene Entscheidungen infrage, weil uns das Wohl unseres Landes, seiner Menschen und der Unternehmen wichtiger ist als die schnelle Schlagzeile.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die vielen Krisen, die schlechten Nachrichten, die Unsicherheiten, das politische Gegeneinander statt Diskussionen über die besten Ideen – all das verunsichert gerade viele Menschen. Rechtspopulisten und Demagogen schüren genau diese Ängste und gießen durch Lügen und Verschwörungserzählungen noch Öl ins Feuer. Als Demokrat*innen sollten wir die Verunsicherung und Zukunftsängste der Menschen sehr ernst nehmen und der Versuchung einfacher Antworten tunlichst widerstehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir Demokrat*innen sollten gemeinsam unserer Verantwortung für die hier lebenden Menschen gerecht werden. Natürlich haben dabei Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen unterschiedliche Rollen. Aber eigentlich hatte ich gehofft, dass wir uns einig sind, dass die demokratischen Fractionen gemeinsam Verantwortung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen tragen. Herr Ott, Ihr ohrenbetäubender Auftritt in der heutigen Debatte war leider nur Verantwortungslosigkeit pur.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie benutzen das Parlament für die eigene Profilierung vor einem SPD-Parteitag. Sie selbst haben heute 160 Jahre SPD-Tradition mit Füßen getreten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Sebastian Watermeier [SPD]: Ein bisschen anmaßend!)

Und dann passt es auch leider ins Bild, wenn die SPD mit der Beantragung ihrer Aktuellen Stunde zur Flüchtlingsunterbringung für die morgige Sitzung Narrative verstärkt, die wir sonst von den Rechten kennen.

(Jochen Ott [SPD]: Unfassbar!)

Es ist auch Ihre Verantwortung, liebe SPD, vor Ort mit all Ihren 83 Bürgermeister*innen und 13 Oberbürgermeister*innen daran zu arbeiten, wie Sie das Land mit Flächen oder Immobilien unterstützen können, damit wir diese Situation für alle verbessern. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – André Stinka [SPD]: Was ist denn mit Ihrer Verantwortung, Frau Brems?)

– Wir stehen gemeinsam in Verantwortung.

(Zuruf von André Stinka [SPD])

– Ja, natürlich tun wir das alle gemeinsam: alle demokratischen Parteien auf allen politischen Ebenen, ob in den Kommunen, in den Kreisen, im Landtag oder im Bundestag. Mit in der Verantwortung stehen auch Verbände, die Wirtschaft, die Menschen und die Medien. Wir alle sollten an einem Strang ziehen. Dann können wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Menschen erwarten zu Recht von uns, den demokratischen Kräften in Parlamenten, dass wir uns zusammenraufen und im Sinne der Menschen Politik machen.

Gemeinsame Verantwortung zu übernehmen hieße, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern die

Kommunen und Menschen unterstützt – ob bei den Altschulden, bei der Finanzierung der Unterbringung von Geflüchteten, bei der Kindergrundsicherung oder beim Klimaschutz.

Ich sage ganz ehrlich: Ich würde so gerne nicht mit dem Finger nach Berlin zeigen müssen, sondern daraus eine ausgestreckte Hand machen, aber alle Hilferufe und Warnhinweise werden schlicht und einfach ignoriert. Sowohl der Bundeskanzler als auch der Finanzminister machen sich aus dem Staub und lassen Länder und Kommunen alleine.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

An jedem Tag flüchten Menschen vor Krieg und Verfolgung zu uns. Sie erhoffen sich Sicherheit, Stabilität und eine neue Heimat. Die meisten Menschen, die zu uns flüchten, haben eine gute Bleibeperspektive. Sie kommen aus dem Iran, dem Irak, aus Afghanistan, Syrien oder aus der Ukraine. Diesen Menschen eine würdige Unterbringung zu ermöglichen und eine Perspektive zu geben, schaffen wir nur dann, wenn wir gemeinsam anpacken. Die Hinhaltenaktik des Bundeskanzlers von Ministerpräsidentenkonferenz zur Ministerpräsidentenkonferenz ist einfach unwürdig und mit seiner Verantwortung nicht zu vereinbaren. Es wird endlich Zeit für eine dauerhafte und dynamische Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ja, bei der Altschuldenlösung droht leider dieselbe Hängepartie. Trotz Versprechungen im Ampel-Koalitionsvertrag rührt sich der Finanzminister, wenn überhaupt, nur sporadisch. Schnell war er an einer einzigen Stelle, nämlich bei der Kritik des NRW-Vorschlags kurz vor der Sommerpause. Da ist er dann auf einmal ganz schnell geworden. Aber jetzt ist er am Zug.

In den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden konnten wir ein Zwischenergebnis erzielen, das den Kommunen endlich Planungssicherheit verschafft und gleichzeitig den sicheren Einstieg in die längst überfällige Altschuldenlösung bedeutet. Bei steigenden Zinsen und sinkenden Steuereinnahmen ist es gar kein guter Zeitpunkt, um eine solche Lösung zu finden und zu verhandeln. Aber der beste Zeitpunkt liegt nun mal schon einige Jahre zurück. Daher mussten wir mit dem zweitbesten Zeitpunkt Vorlieb nehmen, und dieser ist nun mal jetzt.

Mit der von den kommunalen Spitzenverbänden geäußerten Unterstützung sendet NRW ein ganz starkes Signal nach Berlin.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ein noch stärkeres Signal, nämlich eine gemeinsame Erklärung von Landesregierung und Kommunen, wurde verhindert. Den SPD-Oberbürgermeistern war

Parteitaktik wichtiger als eine Lösung für ihre eigenen Städte. Das ist doch Unehrllichkeit in Reinform!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich muss leider weiter nach Berlin schauen, denn auch beim Deutschlandticket warten wir vergeblich auf klare Zusagen für 2024. Das Erfolgsmodell, das so viele zusätzliche Menschen in Züge und Busse gebracht hat, wird von Wissing und Lindner aus rein ideologischen Gründen vor die Wand gefahren. Mit dem Sozialticket für NRW und dem Angebot für das Schülerticket sorgen wir dafür, dass das Deutschlandticket für alle Menschen in NRW bezahlbar wird. Denn Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik, in die demokratischen Institutionen und in den Staat. Das sollte uns alle beunruhigen. Wir sollten auch uns hinterfragen, unsere Art der Kommunikation, unsere Art des Streits und vielleicht auch der Themensetzung. Grundsätzlich sollten wir aber auch hinterfragen, woher der Eindruck kommt, unser Staat sei nicht mehr handlungsfähig. Kommen einfach zu viele Dinge zusammen, die im Alltag der Menschen den Eindruck erwecken, der Staat und seine Institutionen wären auf die schon lange bekannten Krisen nicht vorbereitet? Man fragt sich: Warum muss ich eigentlich zu X Apotheken fahren, um Fieber, Säfte oder Antibiotika zu bekommen? Wieso dauert es so lange, bis eine Brücke neu gebaut ist? Wieso muss ich im Rathaus Formulare ausfüllen, statt online zu erledigen? Warum fällt eigentlich der Zug schon wieder aus? Warum kann der Staat die Schuldenbremse für Panzer umgehen, nicht aber für Kinder, Klima oder Kommunen?

(Beifall von den GRÜNEN und Matthias Goeken [CDU])

Viel zu lange wurde in zu vielen Politikbereichen einfach so weitergemacht wie bisher und wurden Prioritäten nicht angepasst. Es wäre fatal, wenn wir die Verunsicherung der Menschen jetzt als Ausrede nutzen, um die dringend notwendigen Veränderungen weiter hinauszuzögern. Denn gerade jetzt braucht es das Signal: Wir verstehen ihre Sorgen, wir packen die Herausforderungen an, wir gestalten gemeinsam. – Es wäre fatal, jetzt keine Veränderungen anzugehen, denn einfache alte Antworten haben viele der Krisen, die wir gerade spüren, überhaupt erst verursacht.

Auch wenn die Rahmenbedingungen nicht einfach sind, sind wir handlungsfähig. Wir setzen auch in diesem Haushalt Prioritäten: „Sicherheit“, „Schule“, „Kinder“ und „Klimaschutz“ sind große Themen des Haushalts 2024.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist bunt und weltoffen. Alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion, sind hier willkommen. Sie haben das Recht auf freie Entfaltung und darauf, dass der Staat für ihre Sicherheit sorgt. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis von uns allen. Deswegen setzen wir an vielen Stellen an. Wir bauen die Anzahl der Polizeikräfte schrittweise weiter aus. Wir stärken den Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir legen einen Schwerpunkt auf politische Bildung. Wir stärken die Staatsanwaltschaften, indem wir neue Stellen schaffen. Mit dem Ausbau der Förderung von Frauenhäusern ermöglichen wir den Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder. Wir stärken die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden personell und packen gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft und den Initiativen, den Gewerkschaften und Frauenhäusern für die Sicherheit aller Menschen in Nordrhein-Westfalen an.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Bildung ist der Schlüssel für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe von morgen. Im Haushalt 2024 setzen wir hierauf einen klaren Schwerpunkt, denn Sparen im Bildungsbereich hieße, an der Zukunft unserer Kinder zu sparen. Rechnen, Schreiben und Lesen sind die Basiskompetenzen, auf denen eine erfolgreiche Schullaufbahn aufbaut. Wir unternehmen mit zusätzlichen Stellen erste Schritte, um alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern. Die Anforderungen gerade an Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer gehen im Schulalltag deutlich über das Unterrichten hinaus. Damit diese sich wieder stärker darauf konzentrieren können, entlasten wir sie durch den Einsatz von Alltagshelfer*innen.

Die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz stellt alle vor eine weitere große Aufgabe. Mit 38.000 zusätzlichen Plätzen im Offenen Ganztage im Primarbereich tragen wir unseren Teil dazu bei, dass diese Herausforderung gelingt. Denn unser Ziel in der Bildungspolitik bleibt: Welche Schul- und Berufsausbildung ein Kind bekommt, darf keine Frage des Elternhauses sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Fachkräftemangel, Finanzierungssorgen aufgrund von Energiepreis- und Tarifsteigerungen und Bürokratie – die Kritik aus den Kitas ist laut, und sie ist an vielen Stellen auch nachvollziehbar. Aber leider sind die Ursachen eben nicht so schnell und einfach beherrschbar, wie es wünschenswert wäre.

Erste Stabilisierungen erfolgen aber im Haushalt 2024, beispielsweise mit der Verstärkung der Gelder für die Sprach-Kitas und Alltagshelfer*innen. Das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Denn wir steigen in einer schwierigen Haushaltssituation in die Verstärkung von Projekten ein. Kinder und ihre

Zukunft haben für uns und in diesem Haushalt klare Priorität.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion in Europa zu machen, das ist eine große Aufgabe und gleichzeitig unsere riesige Chance. Jetzt die Weichen in Richtung Klimaneutralität zu stellen, heißt, Wohlstand von morgen zu sichern. Und wir können hier auf eine breite Unterstützung aus Handwerk bis hin zur Industrie bauen.

Mit der größten Einzelförderung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen sorgen wir gemeinsam mit dem Bund dafür, dass die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen dekarbonisiert wird. Grüner Stahl kommt in Zukunft aus Duisburg. So schaffen wir die Grundlage für eine zukunftsfähige Beschäftigung zehntausender Arbeitnehmer*innen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Gleichzeitig bauen wir die erneuerbaren Energien aus und sorgen so für bezahlbaren und sicheren Strom mit Technologien, die es bereits heute gibt und die nicht aus irgendeiner Science Fiction entstammt. Denn der Fusionsreaktor, bei dem es seit 60 Jahren heißt, dass er in 30 Jahren dann mal so weit ist, ist nämlich mehr Fiction als Science, und darauf setzen wir nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Henning Höne [FDP]: Keine Ahnung!)

Die Biodiversitätskrise ist eng mit der Klimakrise verbunden. Mit der Erhöhung des Naturschutzetats schaffen wir die finanziellen Rahmenbedingungen für Naturschutzmaßnahmen, die dem Arten- und Biotopschutz dienen. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, die Lebensgrundlage für uns, zukünftige Generationen und alle Lebewesen zu erhalten.

Wir Demokrat*innen müssen in diesen schwierigen Zeiten zusammenhalten. Wir müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen und gemeinsam anpacken. Dabei dürfen wir uns nicht auf den ersten Eindruck verlassen und dem Charme der vermeintlich einfachen Lösung erliegen. Wir müssen genauer hinschauen. Denn die Krisen der vergangenen Jahre sind nicht komplett vorbei, aber sie haben uns auch nicht mehr ganz so im Griff wie noch vor einem Jahr.

Genau darin liegt unsere Chance. Denn gemeinsam können wir im Austausch mit den Menschen, der Wirtschaft und allen, die daran mitwirken wollen, die Zukunft in den Blick nehmen und sie gestalten. Dafür bietet dieser Landeshaushaltsentwurf 2024 die Grundlage. Packen wir es an! – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Deutschland ist wieder der „kranke Mann Europas“. So titelt das wohl einflussreichste europäische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ am 17. August britisch vornehm als Frage rund 25 Jahre, nachdem wir diesen fragwürdigen Titel schon einmal erhielten. Leider stimmt es erneut.

Während alle anderen G7-Staaten wachsen, ja sogar Russland, ist Deutschland in die Rezession gerutscht. Die deutsche Volkswirtschaft liegt am Boden, und die Aussichten für die Zukunft sind düster: marode Infrastruktur, überbordende Bürokratie und kaum Investitionen in die Zukunft, sodass der Wirtschaftsstandort Deutschland allenfalls in ein Industrie- und Technikmuseum transformiert wird. NRW ist dabei der Mühlstein am Hals des schwächelnden deutschen Wachstums.

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen geht davon aus, dass die Wirtschaftsleistung in NRW in diesem Jahr um rund 0,3 % zurückgehen wird. Für den Bund ist nur ein Rückgang um 0,1 % berechnet worden.

Derweil versuchen die Wüsts und Neubaurs dieser Republik, dem „kranken Mann“ mit weiterem Aderlass wieder auf die Beine zu helfen. Sie befinden, das muss so. Es muss erst schlimmer werden, bevor es besser wird. Jetzt noch mal ein besonders tiefer Einschnitt, aber dann sind auch die besonders gefährlichen Substanzen raus aus dem Wirtschaftskreislauf. Das wussten schließlich auch schon die Bader des Mittelalters. Lösungen von gestern im Heute für morgen, präsentiert von Ihrer Vorgesternkoalition aus Grün und Schwarz!

(Beifall von der AfD)

Noch bevor uns die große demografische Klippe vor die größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts stellt, regieren Sie sich selbst in die absolute Handlungsunfähigkeit. Kein Wunder also, dass aktuell gleich in mehreren Umfragen die absolute Mehrheit der Menschen in NRW weder der Ampel noch Schwarz-Grün zutraut, unsere Probleme zu lösen. Im Gegenteil, das Vertrauen in die Parteien und den Staat sinkt rapide, was übrigens keine Ablehnung des Staates oder der Demokratie an sich bedeutet, wie Sie immer gerne insinuiieren. Die Menschen leben gerne in Freiheit, wollen mitbestimmen und wählen. Aber der Staat mit Ihnen, in Ihrer Ausprägung, zu Ihren Konditionen, wird immer mehr abgelehnt.

(Beifall von der AfD)

Ein Demokrat ist eben kein Claqueur, auch wenn die Ära Merkel versucht hat, ihnen etwas ganz anderes

einzubläuen. Meinungsfreiheit wird am besten verteidigt, indem man von ihr Gebrauch macht, gerne lautstark, gerne gegen dem Strom. Gut so!

Dabei steht das Bauchgefühl der Bürger übrigens nicht alleine da. Die Fachwelt sieht es ähnlich. Laut dem Internationalen Währungsfonds wird Deutschland auch in den nächsten fünf Jahren langsamer wachsen als Amerika, Großbritannien, Frankreich, ja sogar Spanien oder Griechenland, wobei Wachstum in NRW vielleicht noch ein bisschen zu hoch gegriffen ist.

Es zeigen sich erste Anzeichen, dass Sie uns gerade in eine dauerhafte Krise wirtschaften. Die Hoffnung auf eine Erholung der NRW-Konjunktur im zweiten Halbjahr schwindet. Stattdessen mehren sich die Anzeichen für eine ausgeprägte Rezession, fasst NRW.BANK-Vorstandsmitglied Michael Stölting das Ergebnis einer Umfrage unter 1.500 Unternehmen zusammen. Das NRW.BANK-Geschäftsklima sei im Juli auf den tiefsten Stand seit Anfang 2021 gefallen. Im Bauhauptgewerbe sank die Einschätzung der Geschäftslage der Umfrage zufolge sogar auf den niedrigsten Stand seit August 2015.

Deutschland verarmt, und die Regierungsexperten aus Nah und Fern rätseln, ob die Lösung die Beobachtung der Opposition durch den Inlandsgeheimdienst ist oder doch mehr Orden für Angela Merkel sind. Das wäre lustig, wenn es nicht so eine verdammt Schande wäre.

(Beifall von der AfD)

In den nächsten rund 25 Minuten möchte ich daher darüber sprechen, was der Status Quo für diese Menschen im Land konkret bedeutet, wie es dazu kommen konnte, warum Schwarz-Grün maßgeblich zu unseren Problemen beiträgt, statt Teil der Lösung zu sein, und welche Schritte eingeleitet werden müssen, um dieser Misere zu entkommen. Denn immer nur das Gleiche zu tun, wie Sie auch in diesem Jahr erneut ankündigen, dann aber ein anderes Outcome zu erwarten, entspricht laut Einstein der Definition von Wahnsinn. Ich hoffe, Einstein sagt Ihnen etwas, und Sie waren während Physik nicht immer Hüpfen, auch wenn das einiges erklären würde.

Aber der Reihe nach: Was heißt Rezession und wirtschaftlicher Abstieg NRW für die Bürger ganz konkret?

Das heißt, dass bei 6.700 offenen Stellen an den öffentlichen Schulen nicht mehr garantiert werden kann, dass Grundschüler lesen, schreiben und rechnen können, wenn sie die Grundschule verlassen, und man stattdessen allen Ernstes öffentlich über eine Vier-Tage-Woche an Schulen nachdenkt.

Das heißt, dass in einer Familie beide arbeiten müssen – nicht, um sich zu verwirklichen, sondern um irgendwie über die Runden zu kommen. Dafür brauchen sie aber einen Kitaplatz, von denen alleine in

NRW 100.000 fehlen, weil es auch rund 20.000 Erzieherinnen zu wenig gibt.

Das heißt, sich morgens in einen der 160.000 Staus auf den NRW-Autobahnen im Jahr 2022 einzureihen, weil die Straßen marode und die Brücken zu einem Großteil sogar hochgradig marode sind. Die Staus summierten sich übrigens auf eine Gesamtlänge von 213.000 km, nur damit Sie die Größenordnung begreifen. Das ist fünfmal rund um den gesamten Erdball. Das Ressort unseres ehemaligen Verkehrsministers weiß also auch weiterhin zu brillieren.

Das heißt, sich abends noch um die Pflege der Angehörigen zu kümmern, weil sich kaum mehr eine arbeitende Familie die Zuzahlung in den Heimen leisten kann, wenn man überhaupt einen der wenigen guten Plätze bekommt. Immerhin fehlen fast 24.000 Arbeitskräfte in den verschiedenen Berufs- und Qualifikationsgruppen in der Pflege. Zuletzt konnten in NRW sieben von zehn offenen Stellen in der Altenpflege nicht mehr besetzt werden, obwohl jeder weiß, dass der Bedarf bis 2040 noch einmal deutlich steigen wird. Das heißt für Patienten schlechte Versorgung, und wenn sie selbst in der Pflege arbeiten, ständig aus der Freizeit oder dem Wochenende einzuspringen, Stress rund um die Uhr mit Schwarz und Grün.

Sogar in den Staatsanwaltschaften in NRW sind 120 Stellen unbesetzt. 226.000 Ermittlungsverfahren sind bislang unbeendet. Es drohen wieder zahlreiche Verfahrenseinstellungen und die Freilassung von dringend tatverdächtigen Personen. Also, wenn Sie an einem der vielen Bahnhöfe mal wieder angepöbelt und bestohlen wurden, dann gibt es eine gute Chance, dass der Täter dafür nie verurteilt wird. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Selbst die Tierheime in NRW arbeiten mittlerweile am absoluten Limit. Vielerorts können keine zusätzlichen Tiere mehr versorgt werden. Die Menschen in NRW sind unter Ihnen so arm dran, dass sie selbst ihre geliebten Vierbeiner oft aus purer Not heraus ins Heim abgeben müssen, weil das Geld nicht einmal mehr für den eigenen Teller reicht. Denn auch die Tafeln platzen überall aus allen Nähten, verhängen vielerorts sogar ein Aufnahmestopp. Die Zahl der Empfänger hat sich innerhalb der letzten Jahre verdoppelt. Über 600.000 Personen sind mittlerweile regelmäßig auf Essenshilfen angewiesen.

Fast 30 % der Kinder und Jugendlichen wachsen in Familien auf, die von Armut gefährdet sind. Gleichzeitig melden die Krankenkassen Rekordkrankenzustände. Die Zahlen psychischer Erkrankungen explodieren.

Kurzum: Die Folgen Ihrer Coronapolitik werden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich

sichtbar. Aber statt sich zumindest darum zu bemühen, dass es genügend Therapieplätze gibt, dass das Krankenhaus vor Ort erhalten bleibt, die Kinderärzte im kommenden Winter noch ein Intensivbett für ihre schwerstkranken Patienten finden oder auch nur das Asthmaspray weiter lieferbar ist, lassen Sie lieber ein Drittel der Mittel für die Krankenhausreform in den Klimaschutz fließen. Man muss eben Prioritäten setzen. Wir waren mal ein reiches Land. Mit Ihnen sind wir jetzt nachhaltig ruiniert.

(Beifall von der AfD)

Gleichzeitig vergrößert sich die Fachkräftelücke, weil in den nächsten fünf Jahren 2 Millionen Babyboomer in Rente gehen. Schon jetzt sagen zwei Fünftel der Arbeitgeber, dass sie kaum qualifizierte Arbeitskräfte finden. Der völlig unregelmäßige Zustrom von außen verschärft allerdings nur noch das Problem, anstatt es irgendwie zu lösen, nein, auch nur irgendwie einzudämmen.

NRW wächst dank unkontrollierter Migration stetig, aber damit auch die Arbeitslosenquote. Selbst in den offiziellen Statistiken liegt sie mit 7,4 % so hoch wie zuletzt im Juli 2021. Schon jetzt sind in NRW von den 1,55 Millionen Menschen in staatlichem Bezug über die Hälfte Ausländer; dabei stellen sie nur gut 14 % der Bevölkerung. Alleine an der Kennziffer zeigt sich das fatale und gleichzeitig das totale Scheitern Ihrer Zuwanderungspolitik hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Und dabei – das wird Sie vielleicht jetzt verwundern – sind sich da vom Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman bis hin zu Johnny Rotten, dem Sänger der Punkband Sex Pistols, alle einig: Man kann einen Sozialstaat haben oder unkontrollierte Migration. Beides zusammen geht schlicht nicht. Und insbesondere Johnny Rotten bringt einen weiteren interessanten Aspekt in die Diskussion ein: Wer muss denn die Integrationslast vor allem tragen? Das sind doch die eh schon armen Arbeiterviertel, aus denen es schwer ist, herauszukommen, die strukturelle Nachteile haben, die jetzt noch weiter benachteiligt werden. Wo ist das fair? Wo ist das denn sozial? Und warum hört man da so wenig von der Linken hierzulande?

Wo war die SPD? A) Mal wieder mit sich selbst beschäftigt. B) Am Buffett. C) Man würde ja gerne, aber die AfD ... Oder D) Man ist genauso wie mit den SPD-Anträgen zu diesem Plenum auf dem Weg zum Landtag einem bösen Hund begegnet, und der hat alles gefressen. Man weiß es nicht.

Aber es fehlt vollkommen am Willen oder der Fähigkeit, zu verstehen, welche Folgen Ihre politischen Entscheidungen haben. Der größte Fachkräftemangel – so scheint es – existiert längst in den Regierungen in Berlin und Düsseldorf. Hendrik Wüst macht unlängst Schlagzeilen damit, abgelehnte Asylbewerber in die Kommunen schicken zu wollen, statt sie abzu-

schieben. Sie haben keine Bleibeperspektive. Eigentlich hatte die Nachricht wenig Neuigkeitswert – so müsste man meinen –, schaffte er es bislang auch gerade einmal, 5 % der ausreisepflichtigen Asylbewerber tatsächlich auch abzuschieben.

Aber wer tatsächlich so integriert ist, dass er sich mit allen Papieren zu seiner eigenen Abschiebung meldet, der ist dann schon wieder so deutsch, dass er eigentlich bleiben sollte.

(Beifall und Heiterkeit von der AfD)

Es ist kein Wunder, dass ein Großteil der Abschiebungen immer wieder geplatzt ist. Allerdings möchte man offensichtlich gänzlich kapitulieren, die Abschiebung sei nun nicht mehr der Regelfall, so heißt es ganz offiziell. Im Klartext: Jeder, der seinen Fuß über die Grenze setzt, wird mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen bleiben dürfen.

Dabei kamen von Januar bis September 2022 mehr Asylbewerber nach Deutschland als in die USA, Australien, Neuseeland und Kanada zusammen. Dabei schlagen alleine die Kosten für Flüchtlingsunterkünfte in Nordrhein-Westfalen im Jahr mit 580 Millionen Euro zu Buche – eine unvorstellbare Summe in unvorstellbaren Zeiten.

Es wäre aktuell also umso wichtiger, an die Gesetzeslage zu erinnern, während unsere Kommunen unter der Last der illegalen Migration an vielen Stellen die Belastungsgrenze schon deutlich überschritten haben. Der Grenzübertritt nach Deutschland ohne gültige Papiere ist eine Straftat. So steht es in § 95 Aufenthaltsgesetz. Wer unter derzeitigen Umständen oftmals ohne seine Papiere nach Deutschland einwandert, wird also schon beim Betreten des Landes straffällig. Und für uns, die AfD, ist vollkommen klar: Ein Aufenthalt, der schon kriminell beginnt, kann niemals legal enden.

(Beifall von der AfD)

Dabei erklären ausgerechnet diejenigen, die meinen, aus NRW heraus das Weltwetter verändern zu können, dass es nicht funktioniert, die eigenen Grenzen zu schützen, sodass es mit dieser Regierung auch in Zukunft genauso weitergehen wird, egal, was die CDU jetzt auf Bundesebene für Nebelkerzen über Spahn und andere zu werfen vermag.

Aber woher kommen die zusätzlichen Kitaplätze, von denen Sie jetzt dann keine haben, die Lehrer, von denen Sie jetzt schon keine haben, die Wohnungen, wenn Sie gleichzeitig die Bauwirtschaft durch die hohen Energiepreise fast komplett in die Knie zwingen?

Aber Sie wissen ja nicht einmal mehr, woher in den kommenden Jahren der Strom kommen soll. Grün-Schwarz will acht Jahre früher raus aus der Kohle. Das spart 280 Millionen Tonnen CO₂. Wow! Das ist übrigens die Menge, die China in neun Tagen

ausstößt. Super! Man hat also etwas mehr als eine Woche die Menschheit gerettet, dafür den Strompreis in NRW weiter in die Höhe getrieben und damit weitere Jobs in der Industrie gefährdet. Aber gut, könnte man sagen; die Fachkräfte für diese Jobs bilden Sie an den Schulen in NRW eh nicht mehr aus.

Gleichzeitig geht es raus aus der Atomkraft. Kleiner Trost – frei nach Habeck –: Es gab ja gar keinen Atomausstieg. Wir kaufen den Atomstrom jetzt einfach nur teuer von woandersher. Das heißt: höherer Strompreis.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Russisches Gas – Sie kennen das Dilemma der Schwesigs und Merkels dieser Nation – lieber nicht. Also lieber LNG-Terminals in Naturschutzgebieten, um teures amerikanisches Flüssiggas mit dem Tanker, der Rohöl tankt, um die halbe Welt schippen zu lassen. Klar; das erhöht den Strompreis. Aber gleichzeitig klappt so bis 2030 eine Versorgungslücke von 30 Gigawatt – inklusive aller damit verbundenen Unannehmlichkeiten wie Stromengpässen an Tagen, an denen eben kein Wind weht oder die Sonne nicht scheint.

Mit Dritte-Welt-Tipps wie „waschen, wenn der Wind weht“ wird das Problem allerdings nicht gelöst. Wer auch nur eine leise Ahnung von den drohenden Konsequenzen dieser Energiepolitik hat, weiß sofort, dass viele Anlagen zum Beispiel in der Schwerindustrie darauf angewiesen sind, dass der Strom nicht nur nicht für eine einzige Sekunde ausfällt, nein, dass es nicht einmal zu größeren Schwankungen im Netz kommt, da man dort sonst die gesamte Produktion gefährdet. Folge: Betriebsschließungen und Abwanderungen nicht erst 2030, sondern jetzt schon.

Die Industrie braucht Verlässlichkeit und Planungssicherheit, die es mit Ihnen leider nicht mehr gibt.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Die Zahlen kommen übrigens nicht aus der Glaskugel, sondern werden seit 2012 halbjährlich durch die Experten von McKinsey erhoben, die, anders als die Berater von Bundes- und Landesregierung, kein Geld für geschönte Bestandsaufnahmen bekommen.

Dafür sollen nun aber 1,8 % der NRW-Landesfläche bis 2032 mit Windkraftwerken zugepflastert werden. Nur um das richtig einzuordnen – 1,8 % hört sich ja nicht viel an –: Das entspricht einer Fläche von 86.000 Fußballfeldern. Unter jeder Windkraftanlage liegt dabei ein Betonfundament mit mehr als 2.000 Tonnen. Aber alles kein Problem! Als Isolator befindet sich in den Schaltanlagen Schwefelhexafluorid – ein Stoff, der 3.200 Jahre in der Atmosphäre verweilt und ca. 23.500-mal klimaschädlicher ist als Kohlenstoffdioxid. Aber kein Problem! Die Anlagen haben natürlich auch nur eine Mindesthaltbarkeit von 20

Jahren, bevor sie mit hohem Energieaufwand abgerissen werden müssen. Immerhin 10 % – aktuell noch etwas mehr – der verbauten Materialien dieser Kolosse können nicht recycelt werden, gelten also als Sondermüll. Alles kein Problem!

Um die dystopischen Ausbauziele zu erreichen, werden bestehende Grundsätze des Landesentwicklungsplans mit dem Vorschlaghammer passend gemacht. Abschaffung der bestehenden Mindestabstände, keine Höhenbeschränkung für Windkraftanlagen, Windindustrie auch in unseren Wäldern, Megasolarparks auf freien Flächen, Seen und Äckern sind kein Problem – alles für den Schutz der Umwelt, versteht sich.

Man kann nur erahnen, wie sehr sich diese Regierung verlaufen hat, wenn man nun die Bäume vor den Grünen schützen muss.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Und wofür das alles? Laut Bericht der NZZ sind überhaupt nur 15 % der rund 18.000 Onshorewindanlagen in Deutschland ausgelastet – 15 %! –, fast alle in Küstennähe, also nicht in Nordrhein-Westfalen. Jede vierte Anlage hat eine Auslastung von unter 20 %. Der Bundesdurchschnitt beträgt trotz der Anlagen in Küstennähe nicht einmal mehr 24 %. Sie erzeugen also mit all dem Zauber voraussichtlich weniger Strom als mit zwei Kernkraftwerken, die Sie auf einem Bruchteil der Fläche haben könnten, die die Regierung aber nicht will wegen eines möglichen Super-GAU, der bei der modernsten Bauart dieser Kraftwerke überhaupt nicht mehr möglich ist.

Wir sehen: Es geht den Grünen und dieser Regierung nicht ums Klima und vor allen Dingen auch nicht um den Umweltschutz. Wer abschreckendes Beispiel ist, findet keine Nachahmer in dieser Welt und wird aus NRW heraus nicht das Weltwetter ändern. Es geht darum, den Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Eine Regierung aber, die „gut“ und „schlecht“ davon abhängig macht, ob etwas einen Akku hat, kann nur scheitern.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Wir sollen also, wenn es nach Ihnen geht, mit Geld, das wir nicht haben, Wärmepumpen kaufen, die nicht lieferbar sind, eingebaut durch Handwerker, die es nicht gibt, betrieben mit Strom, der gar nicht produziert wird.

Wir brauchen offensichtlich keine neue Heizung, sondern eine neue Regierung, die weiß, dass Strom nicht in der Steckdose produziert wird, Essen nicht im Kühlschrank wächst und Wohlstand lange nicht mehr selbstverständlich ist, insbesondere wenn die Regierung so weitermacht.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Bereits jetzt liegt die Eigentumsquote in Deutschland mit 47 % weit unter der seiner Nachbarn – Frankreich 64 %, Italien 72 %, Polen 85 % – und hat der Deutsche im Median nur noch ein Viertel dessen, was die hochbesteuerten Belgier haben, oder die Hälfte eines Franzosen.

In Deutschland ist schon lange nicht mehr der Bürger reich, wenn man von einem reichen Land spricht, allenfalls noch der Staat. So nahm NRW allein 2022 74 Milliarden Euro Steuern ein. 2019 waren es übrigens noch 60 Milliarden Euro. Dennoch will das Land immer noch mehr, mehr, mehr. Die Regierung hat dem Nettosteuerzahler den Kampf angesagt.

Ganz offensichtlich ist man in Berlin und Düsseldorf davon überzeugt, dass wir Mittelstand, Handwerk und Industrie überhaupt nicht mehr brauchen, sondern einfach davon leben könnten, uns gegenseitig zu verwalten. NRW-Ministerien haben derzeit 65 % mehr Mitarbeiter als 2010. Auch die Anzahl der sogenannten Beauftragten hat sich seit 2015 fast verdoppelt. Im selben Zeitraum brach die Anzahl Selbstständiger in Deutschland um 800.000 auf 3,5 Millionen ein, am heftigsten übrigens im Jahr 2020, also beim Beginn der Coronamaßnahmen.

Und wo kein Geld mehr ist, wird einfach neues von den Parteifreunden in nah und fern gedruckt. So ist es nicht verwunderlich, dass es zuerst immer hieß, die Inflation dürfe höchstens 2 % betragen. Dann hieß es, 2 % Inflation seien perfekt. Jetzt heißt es, die Inflation betrage „nur noch“ 5,8 %, und zwar Jahr auf Jahr. Dieses Jahr ist Ihr Geld an der Supermarktkasse also erneut 5,8 % weniger wert als noch im gleichen Monat des letzten Jahres. Auch das ist im Endeffekt nichts weniger als die schleichende Enteignung des Bürgers durch die Politik – durch Ihre Politik.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Aber selbst hier zeigt sich, dass ausgerechnet diejenigen, die immer Wasserstoff predigen, dann Super Plus tanken. In einem war die Landesregierung nämlich auch in diesem Jahr wieder spitze: im Ausstoß der Dienstwagen. Ich persönlich finde es gut, wenn Sie die Oberklasseautos unserer deutschen Autohersteller präsentieren. Doch wenn Sie immer „sparen, sparen, sparen“ rufen, damit aber stets nur die anderen meinen, dann ist das nicht weniger als eine Farce.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Dazu passt allerdings auch der Blick auf einen anderen wesentlichen Bereich des Zusammenlebens, nämlich die innere Sicherheit. Im vergangenen Jahr sind laut Innenministerium in Nordrhein-Westfalen

2.949 Vergewaltigungen erfasst worden. Das sind rund 600 Fälle mehr als noch 2021. Im Durchschnitt sind das acht Vergewaltigungen pro Tag. In großen Städten wie Köln ist es fast jeden Tag eine. In was für einem Land leben wir, wo solche Zustände herrschen, wo das als normal gilt?

Gleichzeitig hat die Polizei an den Schulen in Nordrhein-Westfalen – an den Schulen in Nordrhein-Westfalen! – im vergangenen Jahr 193 Attacken mit Messern und anderen Stichwaffen registriert. Das war ein Anstieg von 47 % im Vergleich zum Vorjahr – noch einmal: an den Schulen!

Die Bundespolizei registrierte im vergangenen Jahr über 17.000 Gewaltdelikte an deutschen Bahnhöfen. Einige NRW-Bahnhöfe galten dabei als besonders große Schwerpunkte – natürlich.

Hinzu kommen gruppendynamische Prozesse in Freibädern, Partyszenen in der Altstadt, eventorientierte Jugendliche mit Messern auf der Kirmes und Clankrawalle in den Ruhrgebietsstädten. Herr Reul kann aber keine Zahlen über abgeschobene Clankriminelle liefern.

Besonders perfide ist übrigens: Nach der Flut 2021 gab es in NRW 682 Plünderungen. In 71 % der Fälle waren Ausländer die Tatverdächtigen. Laut Innenministerium wurden davon – Sie können es erraten – null abgeschoben. Auch das passt ins Bild.

Mit Ihnen läuft die Situation völlig aus dem Ruder. Weil man Grenzen nicht überwachen und auch nicht schließen möchte, muss man stattdessen Bahnhöfe, Weihnachtsmärkte, Fitnessstudios und öffentliche Plätze überwachen. Vielleicht sollten wir NRW einfach zum Freibad erklären, damit wir endlich wieder kontrollieren können, wer überhaupt alles zu uns kommt.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Aber springen wir noch einmal zurück in das Jahr 1990, als wir vom Economist schon einmal als „der kranke Mann Europas“ bezeichnet worden waren. Auch damals galt Deutschland als durch zu wenige Investitionen abgehängt und durch überbordende Bürokratie gelähmt und strauchelte beim Wachstum.

Damals gelang zumindest kurzfristig die Wende. Heute zeigt sich allerdings, dass die vermeintliche Stärke in den letzten beiden Jahrzehnten, die vorhin noch von einem FDPler gelobt wurde – ein FDPler lobt einen SPDler; das ist auch bemerkenswert –, vor allem auf günstigen Rahmenbedingungen basierte und wenig auf eigener Kraft. Billiges russisches Gas, prekäre Jobs unter den Hartz-IV-Reformen, der Euro als Weichwährung – gut für die Exporte, aber schlecht für die Reallöhne – und schier endlose Absatzmärkte in China waren der sandige Boden, auf dem man sich in Berlin und Düsseldorf gerne

ausruhte und es sich vor allen Dingen gemütlich einrichtete. Das rächt sich jetzt.

NRW investiert im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weniger als halb so viel in Informationstechnologie und Digitalisierung wie Amerika und Frankreich. Ein Unternehmen zu gründen, dauert doppelt so lange wie im OECD-Durchschnitt. China baut die Autos mittlerweile selbst – insbesondere jetzt, da sich unsere Politik vom Verbrenner verabschiedet; einer Technologie, bei der es noch Jahre gedauert hätte, vielleicht sogar Jahrzehnte, bis die Volksrepublik die technologischen Lücken hätte schließen können. Bei der deutlich unkomplizierteren E-Mobilität hat Fernost derweil längst die Nase vorn.

Gleichzeitig braucht die deutsche Industrie fast doppelt so viel Energie wie die nächstgrößte Volkswirtschaft in Europa. Das gilt insbesondere für die Industrie in NRW. Dafür ist aber durch Ihre politischen Wolkenschlösser unser Energiepreis der teuerste in Europa, bei gleichzeitig deutlich höherem CO₂-Ausstoß als beispielsweise in Frankreich oder Italien.

Billiges russisches Gas ist nicht mehr verfügbar, und das Land hat mit dem Atomausstieg ein spektakuläres Eigentor geschossen. So lautet der schmerzliche Befund. Es ist ein Treppenwitz. Aber Neubaur und Co fällt nur noch die Flucht nach vorne ein: noch mehr, noch schneller, noch mehr gutes Geld schlechtem hinterherwerfen.

Bevor es also eine Umkehr in Deutschland geben kann, bedarf es wieder einer geistig-moralischen Wende; einer Abkehr von einem immer stärkeren Glauben daran, dass die immer größer werdenden Probleme mit immer mehr Staat und immer mehr Milliarden vom Staat geheilt werden könnten.

Wir brauchen vielmehr eine Zurücknahme des Staates insgesamt, eine Reduktion auf das Wesentliche, mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen, mehr Vertrauen in Bürger und Unternehmen.

Aber vor allem bedarf es einer gänzlich anderen Prioritätensetzung. Deutschland braucht eine Willkommenskultur, und zwar für Investitionen, technologischen Fortschritt und Leistung. Frei nach Jordan Peterson: Bevor NRW versucht, das Weltklima zu retten, sollten wir zuerst einmal bei uns selbst anfangen.

Und so geht von dem kleinen Sonneberg in Thüringen ein Signal für ganz Deutschland aus: Nehmt es selbst in die Hand! Wählt den Wahnsinn bei nächster Gelegenheit ab – in der Kommune, im Land, im Bund, in Europa!

Die Etablierten fürchten nicht, dass es mit einer AfD-Regierung zu Ende geht, dass die Welt untergeht. Sie fürchten, dass die Welt nicht untergeht.

Unter Merz haben wir uns auf Bundesebene verdoppelt, unter Wüst auf Landesebene verdreifacht. Wir sind gekommen, um Deutschland wieder vom Kopf

auf die Füße zu stellen, um NRW wieder zum Motor Deutschlands zu machen.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Das wird bei all dem, was Sie gerade anstellen, nicht einfach. Aber es gilt, was wir gesagt haben: AfD beginnt da, wo bequem aufhört. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zum Schluss der Aussprache und gehen zu den Abstimmungen über.

Wir stimmen erstens über die Überweisung des Haushaltsgesetzes 2024 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5000 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Die Finanzplanung 2023 bis 2027 Vorlage 18/1417 soll nur an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen werden.

Wer stimmt für die Überweisung? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir stimmen zweitens über die Überweisung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5467 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses.

Wer stimmt für die Überweisung? – Auch das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

2 Digitalisierung der kommunalen Verwaltung neu denken und standardisierte und gemeinsame Software fördern

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/5407

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU dem Kollegen Herrn Franken das Wort.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach viel Uneinigkeit heute Vormittag kommen wir, so glaube ich, zu einem Punkt, bei dem in Teilen viel Einigkeit besteht. Wir alle sind uns einig, dass die Zukunft der kommunalen Verwaltung digital ist. Ich glaube, wir sind uns einig, dass der Gang zum Amt oder das händische Ausfüllen von Formularen weder zeitgemäß noch effizient ist.

Der Anspruch der CDU, der Koalition und auch unserer schwarz-grünen Landesregierung ist es, dass unsere 427 kommunalen Verwaltungen dabei unterstützt werden müssen, ihre Dienstleistungen und ihre Prozesse vollständig digital aufzustellen. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir heute so weit sind – nach unzähligen Gesprächen intern wie extern mit zahlreichen Expertinnen und Experten –, dass wir hier den ersten Stein ins Rollen bringen und damit unsere Verwaltung in Nordrhein-Westfalen im digitalen Bereich strukturiert neu aufstellen können.

Als bevölkerungsreichstes Bundesland muss es doch unser Anspruch sein, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eine moderne, eine zeitgemäße, eine effiziente Verwaltung mit vollumfänglich digitalisierten Leistungen zu schaffen. Denn nicht nur die Antragsteller profitieren, sondern auch die zum Teil stark überlasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen werden von der Digitalisierung profitieren, zum Beispiel durch flexiblere Arbeitsstrukturen, verbesserte, schnellere Kommunikationswege oder auch durch automatisierte Arbeitsprozesse.

Nicht zuletzt profitiert die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriestandortes Nordrhein-Westfalen, der unser Garant für Arbeitsplätze, für soziale Sicherheit und für unseren Wohlstand ist. Denn er wird durch digitalisierte Planungs- und Genehmigungsverfahren gestärkt, wenn Anträge durch digitale Prozesse schneller bearbeitet werden können.

Dafür brauchen wir bei den Strukturen noch mehr Tempo. Denn viele Prozesse innerhalb von Verwaltungen sind ähnlich, oder sie sind zumindest vergleichbar. Doch in diesen Tagen entwickelt jede Stadt, jede Gemeinde mit dem kommunalen IT-